

# „Nichts gehört der Vergangenheit an, alles ist noch Gegenwart und kann wieder Zukunft werden.“ Fritz Bauer

Was bringt jemanden dazu, stundenlang Gedanken über das politische Zeitgeschehen zu notieren, die vielleicht nur wenige lesen werden?

- Da ist zuerst natürlich der Wunsch, die eigenen Gedanken zu sortieren: zu sehen, ob Sinn macht, was in meinem Kopf ist, und zu erforschen, wo Wissenslücken oder Gedankensprünge sind, und mich auseinanderzusetzen mit Argumenten, die im Privaten oder Öffentlichen immer wieder zu hören sind.
- Die Seiten sind zugleich auch ein persönlicher Rückblick. In gut 40 Berufsjahren habe ich für christliche Gruppen, für deutsche Kinder, Jugendliche und Familien und gelegentlich auch für Menschen mit Migrationshintergrund gearbeitet. Ich habe die gesellschaftlichen, auch politischen, Änderungen bewusst wahrgenommen und das Klima, das immer mehr Gewalttaten hervorbringt, erschreckt mich. Damit sind diese Seiten auch ein Bekenntnis, wo ich stehe.
- Angesichts der bedrohlich eskalierenden Situation will ich die eigene Position beschreiben, mich damit Kritik aussetzen, mich möglicherweise auch für Drohung und Angriff exponieren. Ich weiß, auf was ich mich einlasse, denn mit Worten haben mich schon Viele angegangen, aber mit Axt, Messern und Schlägen bisher nur deutsche Proleten.

Wen es schmückt, einen Rentner im Verborgenen anzufinden oder ihn auf offener Straße zu attackieren, soll's halt tun. Wer ernsthaft mit Argumenten ins Gespräch treten will, wird offene Türen finden, einen informierten Bürger, einen wachen Geist und ein loses Maul – bei allem Respekt: auf Gegenseitigkeit.

Ergebnisse der Landtagswahlen Thüringen 2019 in Prozent und Sitzen:

Linke	31 % = 29	AfD	23,4 % = 22	FDP	5,0002 % = 5
CDU	21,4 % = 21	SPD	8,2 % = 8	Grüne	5,2 % = 5

Um das Amt des Ministerpräsidenten treten an:

Partei Kandidat	Die Linke Ramelow	AfD Kindervater	FDP Kemmerich	Enth.
Wahlgang 1*	43	25		22
Wahlgang 2*	44	22		24
Wahlgang 3**	44	0	45	1

\*absolute Mehrheit erforderlich \*\* Stimmenmehrheit ausreichend

Meine Vermutungen:

1. Wahlgang: Ramelow hat die Stimmen von Linke, SPD und Grünen = 42; dazu 1 Stimme von Unbekannt. Kindervater hat die Stimmen von AfD = 22; die 3 Stimmen mehr, die er hat, können von FDP oder CDU kommen - bedenklich, denn offiziell sind FDP und CDU strikt gegen jede Annäherung an Rechts. Aber offenbar liebäugeln einige mit den Braunen.

2. Wahlgang: Es geht um jede Stimme! Einzelne scheinen nun pragmatische, links-soziale Politik statt strategischen Machtspielchen betreiben zu wollen. Wer AfD und die Enthaltungen - beschlusskonform der CDU zu unterstellen - addiert, weiß, welche Strategien möglich werden. Das ist eine Additionsaufgabe, die jeder Drittklässler hinbekommt.

Beim 3. Wahlgang wird es spannend: Wer für Ramelow gestimmt hat, bleibt dabei, denn er steht für pragmatische Politik und hat ein klares Ergebnis bei der Wahl eingefahren: Ein Drittel der WählerInnen will ihn (Wahlbeteiligung ca 65 %).

Die FDP bringt einen eigenen Kandidaten ins Spiel. Mit diesem Schachzug sind jetzt, wo es nur noch um die reine Stimmenmehrheit geht, zwei Strategien möglich:

- a. Man rechnet damit, dass die Zahl der Enthaltungen kleiner wird und will mit dem weiteren Kandidaten Stimmen "auffangen", damit Ramelow umso sicherer gewählt wird.
- b. Oder: Man rechnet sich ernsthaft eigene Chancen aus - das geht, wenn CDU einen wählbaren Gegenkandidaten gegen Linke hat und die AfD geschlossen mitspielt; so ein Schachzug müsste vermutlich abgesprochen werden.

Allein durch Rechnen konnte jede/r feststellen, welches Risiko bestand. Darf man eine solche Denkleistung von PolitikerInnen erwarten? Wenn man trotzdem unterstellt, die VertreterInnen von FDP und CDU könnten ganz, ganz, ganz naiv in diese Falle gestolpert sein, sollte man 1. solche PolitikerInnen heimschicken und sich 2. den AfD-Kandidaten Kindervater anschauen:

Kindervater war seit 2016 ehrenamtlicher, parteiloser Ortsvorsteher in einer thüringischen Gemeinde; von diesem Amt trat er gleich nach dem Debakel zurück, um Schaden abzuwenden (was ihm also bewusst war), und äußert sich seither nicht mehr zu seiner Kandidatur. Zuvor hatte er sich zur "Werte-Union" bekannt, einem Zusammenschluss als Verein von CDUlern und AfDlern. Er hatte sich diesen Parteien als Kandidat angeboten und wurde von der AfD nach einem Vorstellungsgespräch als "Kandidat der Mitte", der nicht dem Landtag angehört, angenommen. Allerdings schränkte die AfD ein: Gäbe es einen Kandidaten von FDP und CDU (also den Gesinnungsgenossen aus der "Werte-Union"), würden sie diesen in Erwartung einer Zusammenarbeit wählen. Das wurde niemand später von Journalisten in den Mund gelegt, sondern war Kindervater, den Abgeordneten des Hauses und einer gewissen Öffentlichkeit bekannt.

Damit sind die Fakten klar: Kindervater bot sich als Bauernopfer an und kannte das Risiko, dabei verheizt zu werden. Die Strategie der AfD war bekannt, als sich Kemmerich (FDP) aufstellen ließ, und nicht Naivität, sondern politisches Kalkül der Braunen und Braungesprenkelten führte zum Wahlergebnis. Dabei ist es belanglos, wieviele Absprachen stattfanden, ob sie offiziell „oben“ oder von Einzelnen informell geführt wurden oder ... : Alle Fakten lagen auf dem Tisch, jede/r kannte sie bei der Stimmabgabe.

Der Einzige, der auf das Ergebnis etwas düpiert-naiv wirkte, war Kemmerich - vielleicht hatten ihn seine Parteifreunde glauben gemacht, man könne SPD und Grüne später zum Umschwenken in eine FDP-geführte Regierung bringen - naheliegend in einer Partei, bei der Umschwenken eine Tradition hat; vielleicht hatte er tatsächlich den Gedanken, eine Minderheitsregierung der Mitte zu bilden und hoffte jeweils auf einzelne Stimmen anderer; vielleicht hatte er in der Überraschung wirklich nicht im Blick, dass er Ministerpräsident von Gnaden der Faschisten wäre. Egal: Zu lernen ist, dass Parteifreunde nicht unbedingt Freunde sind und dass politische Freunde den Unbedarften ebenso ins Messer laufen lassen wie politische Gegner. Auf jeden Fall kann sich Kemmerich jetzt nicht mehr blicken lassen.

Natürlich darf auch gefragt werden, ob es andere Möglichkeiten gegeben hätte.

- Die Linke hatte durch die Wahl den Auftrag zur Regierungsbildung. Ein Gespräch mit der CDU nannten beide später Formsache durch die Beschlusslage in der CDU - diese Verweigerungshaltung gegenüber dem Wahlergebnis war schon ein Taktieren der CDU, um (bundesweit) den rechten Rand der eigenen Partei zusammenzuhalten. Aber eine pragmatische, politische Zusammenarbeit war dadurch unmöglich.
- Später hieß es von FDP und CDU, die Linke hätte den Auftrag zur Regierungsbildung als unerfüllbar zurückgeben sollen; dann wäre die zweitgrößte Kraft am Zuge gewesen: die AfD! Was für Heuchler: Sie selbst hätten den Aufschrei angeführt, der durch die Republik gegangen wäre: „Die Linke lässt Regierungsbildung durch AfD zu!“ Vielleicht war das sogar das Kalkül der CDU, deren Landesspitze kurz nach der Wahl noch Gesprächsbereitschaft signalisiert hatte. Wäre es so weit gekommen, hätte die AfD jedoch auch keine Regierungsmehrheit zusammengebracht.

- Aber auch die CDU (als 3. Kraft im Land) hätte keine Regierung zusammengebracht – ihr Beschluss hat Thüringen unregierbar gemacht. Hut ab vor Ramelow, der die Quadratur des Kreises zumindest versucht hat - das ist pragmatische Politik!
- Hätte Ramelow etwas anders machen können? Ja. Sein benanntes Kabinett bestand aus der "alten Mannschaft": er signalisierte damit verlässliche Kontinuität. Er hätte als Strategie auch externe Experten (vielleicht sogar mit CDU-Parteibuch) benennen können, um damit eine Minderheitsregierung wählbarer zu machen. Immerhin: Ramelow wollte nicht taktieren - das macht ihn sympathisch.

Kurz nach dem Debakel und den Verwerfungen auf Bundesebene wurde wieder die "Sonntagsfrage" (für eine Landtagswahl in Thüringen) gestellt und die Befragten hatten die Möglichkeit, den Akteuren "die Leviten" zu lesen:

11.02. Linke 39 %	CDU 13 %	FDP 4 %	SPD 10 %	AfD 24 %	Grüne 5 %
+ 8 %	- 8 %	-1,0002 %	+ 2 %	+ 0,5 %	- 0,2 %

Viele BürgerInnen sehen, dass sich die Linke ohne Taktieren demokratisch verhalten hat, während CDU und FDP die Quittung erhalten. Dass die Parteien selbst das auch so sahen, lässt sich aus den weiteren Vorgängen ablesen: Rücktritt Möhring (CDU); Kandidaturverzicht Kramp-Karrenbauer (CDU); Rücktritt Kemmerich (FDP); Vertrauensfrage Lindner (FDP).

Was da ablief, führt zu schlimmen Aussichten:

1. Selten wurde so offenkundig, dass Manche parteipolitisches Geschachere über Wahlergebnisse stellen: Die 5,0002-Prozent-Marionette wird von Wahlverlierern genutzt, um den Wahlsieger abservieren zu können. Die parlamentarische Demokratie bietet dazu Möglichkeiten und nur ein Ehrenkodex derer, die Ehre haben, kann es verhindern. So wurden wir Zeugen eines legalen Staatsstreichs: Das Volk war den Beteiligten egal.
2. Wie in der Weimarer Republik führt die Unterschätzung des politischen Gegners dazu, dass Parteien "vorgeführt" werden: Wer wählt schon eine Lachnummer? Wohin es damals führte, ist geschichtlich bekannt.
3. Das Schlimme ist, dass sich in Thüringen nun Faschisten als "Mitte der Gesellschaft" bezeichnen zusammen mit CDU und FDP. Und die Bundes-AfD (14,5 % bei der Bundestagswahl) bejubelt sich auch als "bürgerliche Mitte". Sorry: Das ist wie das Trinken von traditionell im Topf gebrühtem Kaffee - wenn der braune Bodensatz aufgerührt wird, kann man nur noch ausspucken. (Weltsituation nicht vergessen: In USA ist ein faschistoider Rechtspopulist Präsident, hält sich für die konservative Mitte und Länder mit ausgetüfteltem Sozialsystem gelten ihm als kommunistisch!)
4. Statt nun ehrlich zu ihrem Fehler zu stehen, spielt die CDU ihre Spielchen weiter: Damit die neuesten Umfrageergebnisse nicht zu Wahlergebnissen werden, versucht sie alles, damit eine Wahl möglichst lange hinausgezögert wird. Ein Denkfehler: BürgerInnen, die das durchschauen, werden umso sicherer nicht mehr CDU wählen.
5. Wenn es CDU und FDP nicht in kurzer Zeit gelingt, in den eigenen Reihen den "braunen Bodensatz" aufzurühren und auszuspucken, bleiben sie braun unterwandert und sind für die bürgerliche Mitte nicht wählbar: Dann kann man auch gleich AfD wählen! Das ist die Gefahr und der Schaden, den diese Parteien mit ihren Spielchen unserer Demokratie zugefügt haben.
6. Und als noch schlimmer kann sich der Vertrauensverlust „auf der Straße“ erweisen, wenn der Wählerwille so ausgehebelt wird: „DIE machen ja doch einfach, was sie wollen – bis wir sie stoppen!“ Das befeuert, dass aggressive Gröhler zu Tätern werden.

Ich bin 1957 geboren und erste Eindrücke über gesellschaftlich-politische Zusammenhänge stellten sich ab ungefähr 1970 ein. Der bestimmende Eindruck war ein diffuses Gefühl, dass unter einer demokratischen Decke etwas Namenloses die Gesellschaft durchzieht und mein Leben mitbestimmt, aber mir – jung, aber auf dem Weg zu einem sozial denkenden, bekennd christlichen, ökologisch handelnden, liberalen Demokraten - gegenüber steht ohne das wahre Gesicht zu zeigen. Da gab es eine dunkle Macht, die mir ihr "[Auch] Du bist mein Sohn" entgegenröchelte ohne Antlitz, immer irgendwie wie das Spülwasser im Klo, das viel Scheiße

mit sich führt, aber im Dunkel verborgener Kanäle verschwindet; aber manchmal stinkt es von dort gewaltig. Und irgendwas glaubte ich wahrzunehmen von diesem Odem aus der Tiefe, diesem Mundgeruch des braunen Dark Vader.

Als ich in die Gesellschaft hineinwuchs, vermutete ich etliche Jahre, ich sei eben noch zu unerfahren, vielleicht naiv, und das Gefühl verschwände, würde ich nur mit den Jahren genügend Wissen und Erfahrung sammeln. Die Jahre vergingen, das Gefühl blieb – bis heute.

An dieser Stelle ein Rückblick auf die politisch-gesellschaftliche Situation meiner Jugendjahre: Erinnern möchte ich daran, dass damals Hans Filbinger Ministerpräsident in Baden-Württemberg war: 1966-1978. Er trat die Nachfolge von Kurt-Georg Kiesinger an, der damals Bundeskanzler wurde - schon das ist natürlich bei Wahlen "im Ländle" ein Bonus. Den wenigsten war bei der Stimmabgabe bekannt, dass Filbinger früh Mitglied der NSdAP wurde (er begründete später, dies sei für ein Stipendium notwendig gewesen) und Jura studierte. Unter Hitler wurde er Marinerichter, also teilweise als Ankläger, teilweise als Richter innerhalb der Marine tätig. Zurücktreten musste er 1978 als bekannt wurde, dass er nachweislich (mindestens) zwei Todesurteile beantragt und (mindestens) zwei andere Todesurteile gefällt hatte: Als ausführendes Organ des Nazi-Regimes konnte er nicht Ministerpräsident sein.

Für unschuldig hielt sich Filbinger bis zu seinem Tod und argumentierte, was damals als Recht galt, könne heute nicht Unrecht genannt werden. Mit diesem Argument hätte man die Nürnberger Prozesse abblasen können, man hätte die Todesschützen an der DDR-Mauer heim-schicken können, man könnte sich den Haager Gerichtshof für Kriegsverbrecher sparen: Es gibt eine Rechtsentwicklung, in der Recht und Gesetz dem zeitlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Verständnis, Denken und Empfinden angepasst wird, und das misst Verhalten heute an einer übergeordneten Ethik der Menschlichkeit – ausgedrückt in den Menschenrechten. Wenn wir heute ins Mittelalter zurückblicken, sagen auch die meisten, dass Kreuzzüge, Inquisition und Hexenverbrennungen Unrecht waren – oder? Aber Filbingers Verständnis war ein statisch-naturalistisches und damit aus einer anderen Welt als einer modernen, sozialen Demokratie. Dass er das nicht begriffen hatte, wurde auch deutlich, da er als Ministerpräsident den Sänger Heino beauftragte, die deutsche Nationalhymne einzuspielen, um sie dann an Schulen in BW zu verteilen (was verhindert werden konnte) - mit allen drei Strophen, auch "Deutschland, Deutschland über alles, über alles in der Welt ...". Peinlich und ekelig.

Zur gleichen Zeit war ein anderer Politiker ständig im Gespräch: Franz Josef Strauß, CSU-Parteivorsitzender und vieljährig Ministerpräsident in Bayern. Zeitweise war er in Bundesregierungen Minister: einige Zeit für besondere Angelegenheiten, dann mehrjährig Verteidigungsminister (dabei betrieb er die atomare Wiederbewaffnung der Bundeswehr), Minister für Atomfragen (mit erfolgreichem Einsatz für Atomkraftwerke) und immer begleiteten ihn Skandale, Bestechungsvorwürfe, Verleumdungsklagen und mehr. Er war befreundet mit dem damaligen chilenischen Diktator Pinochet, dem Massenexekutionen, Verschwindenlassen von Demokraten und Journalisten und überquellende Gefangenenlager (ausufernd, so dass Fußballstadien genutzt wurden) vorgeworfen wurden. Pinochet galt als Beschützer von hohen Nazis, die sich nach dem Krieg nach Chile abgesetzt haben sollen. Strauß besuchte Chile - nach meiner Erinnerung mehrfach - sah weder Exekutionen, noch Verschwundene, noch Nazis, dafür ordnungsgemäße Gefängnisse und machte Pinochet in Europa als aufrechten Demokraten hoffähig, wofür er eine chilenische Ehrendoktor-Würde bekam (und annahm). "Befremdliche" Ideen werden ihm auch von Helmut Schmidt nachgesagt: Als RAF-Terroristen freigesprengt werden sollten, habe Strauß die Idee vertreten, die inhaftierten Kameraden der Terroristen als Geißeln zu behandeln und zu erschießen\*. Die Stasi-Akte über Strauß wurde in den letzten Jahren der DDR von der bayrischen Regierung angekauft und vernichtet, um seinen Ruf zu wahren. Strauß stand oft kontrovers zu Bundeskanzler Helmut Kohl, aber um des Machterhalts willen übten beide Schulterchluss bei allen Streitthemen.

Ich möchte auch daran erinnern, dass in jenen Jahren die Post das Monopol der Brief- und Paketbeförderung hatte. Das galt damals als so wichtig, dass selbst Postzusteller Beamte des

Staates waren, während bei uns heute die Subunternehmer von DHL, GPS, UPS, Hermes, Südwestpost, ... teilweise als sprachunkundige Personen mit Migrationshintergrund Briefe und Pakete vor die Haustüre werfen. Auch auf sie bezog sich der Radikalenerlass:

“Der Radikalenerlass, auch *Extremistenbeschluss* oder kritisch *Berufsverbot* ist die verbreitete Bezeichnung für den Gemeinsamen Runderlass der Ministerpräsidenten und aller Landesminister zur Beschäftigung von rechts- und linksradikalen Personen im öffentlichen Dienst vom 18. Februar 1972. Dieser hatte zum Ziel, die Beschäftigung sog. Verfassungsfeinde im öffentlichen Dienst zu verhindern. Instrument war eine bundesweit einheitliche Auslegung und Anwendung des damals geltenden § 35 BRRG, wonach sich Beamte durch ihr gesamtes Verhalten zu der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes zu bekennen und für deren Erhalt einzutreten hatten.” (Wikipedia)

Also Klartext: Nach diesem Erlass wurden z.B. kommunistische Postzusteller gefeuert. Eigentlich war die Zielrichtung schon klar: Man wollte keine Lehrer, keine Richter, keine Polizisten, keine ... , die nicht ein klares Bekenntnis zur Demokratie ablegen wollten. Das ist aber bei den “kleinen Leuten” sinnfrei und ungerecht, solange weiter „oben“ noch Viele mit Nazi-Vergangenheit sitzen. Damals war klar, um wen es gehen sollte: um Terroristen und ihre Sympathisanten, um Anarchisten und Kommunisten. Der Kommunismus – die UdSSR - war der Feind, die Mauer als Bollwerk des Sozialismus teilte das Vaterland, die Terroristen der RAF (als besonders schlimme Linke) setzten dem Rechtsstaat im Innern zu. Also wurde der Radikalenerlass gesellschaftlich gut geheißen und ihn kritisch zu sehen, war schon sehr, sehr verdächtig.

Umso verdächtiger ist, wieviele rechtsextreme Netzwerke alleine in den letzten Jahren in Behörden enttarnt wurden: Diese „Spitze des Eisbergs“ deutet auf eine erhebliche Durchsetzung unseres Staatswesens mit braunen Kameradschaften. Zahlen darüber gibt es nicht, denn in all den Jahrzehnten kam niemand (!) auf die Idee, Behörden darauf hin zu untersuchen, und nachdem nun die Idee aufkam, wurde sie politisch blockiert: Seehofers Heimat(ministerium) könnte plötzlich wohl zu braun wirken.

Äußerungen von Politikern beschreiben die Landespolizei als „Spiegel der Gesellschaft“, was darauf hindeutet, dass – je nach Bundesland – 5-25 % der Polizisten rassistisch, antisemitisch und faschistisch angehaucht sind. Dieser Gedanke sollte in Erinnerung sein, wenn ich später über kriminelles Verhalten von rechts und links nachdenke: Vermutlich werden rechte Strafmittler Straftaten von Kameraden eher mit wohlwollendem Verständnis behandeln. Das ist zwar nur eine Hypothese, aber plausibel: Da könnte es auch vorkommen, dass Polizisten die Pressefreiheit behindern oder Hitlergrüsse übersehen ... .

Die Zeit war geprägt vom Wirtschaftswunder. Während bei mir Zuhause kalter Tee griffbereit stand, war das Wirtschaftswunder bei Klassenkameraden schon angekommen, bei denen es “richtiges” Fanta gab, zuckersüß und sprudelnd, und bei Geburtstagen sogar “echtes” Cola. Die ersten “Gastarbeiter” fielen in den Straßen noch auf, Ausländerkinder gab es in meiner Grundschulklasse nicht - die Familien der “Gastarbeiter” waren noch in deren Heimat. Da hatten die Kinder Glück: In den Schulen waren - obwohl schon verboten - Tatzeln, Ohrfeigen und das “Ohren-langziehen” pädagogische Methoden gegen Unkonzentriertheit und Begriffsstutzigkeit; Kinder mit schlechten Sprachkenntnissen hätten da einiges aushalten müssen. Schon früh lernten wir, dass  $2 \times \frac{3}{4}$  glatt 2 ergibt: Zwei Kurzschuljahre mit je 9 Monaten ergeben zwei Schuljahre, damit bundeseinheitlich das Schuljahr im Sommer endet.

Und dann ist da die eigene Familie. Eine “brave”, mittelschichtige Familie, deren Besonderheit im engen Zusammenhalt über drei Generationen lag als Folge des frühen Todes meines Vaters. Der Großvater - 1900 geboren - war bis zu seinem Ausscheiden aus gesundheitlichen Gründen bei der Polizei, dabei viele Jahre als Polizeifunker im Einsatz. Die Großmutter - 1905 geboren - war als gelernte Modistin immer für Familie, Freunde, Bekannte nähend tätig und beklagte später, dass jüdische Stoff- und Nähgeschäfte, in denen sie Kundin war, geschlossen

oder zerstört wurden: "Es ist besser, sie kaufen nicht mehr bei mir ein, sie sollten nicht mehr hier gesehen werden", habe sie ein Ladenbesitzer ganz offen gewarnt.

Seltsam diffus blieb mir die Einstellung, denn einerseits schilderten sie als Christen glaubwürdig Situationen kleinen, alltäglichen Auflehns gegen die Obrigkeit, andererseits hörte ich bei Fragen von ihnen die damals oft zu stereotyp gehörten Sätze "Das war eine schlimme Zeit", "Das meiste wusste man ja gar nicht" und "Was hätte der Einzelne machen sollen?". Mag sein, dass ich da ein Kind meiner Generation bin, und solche Sätze schon ohne weitere Information meine Skepsis wecken. Also:

- Niemand wusste, was vorging, auch nicht der dekorierte Funker, auch nicht die Kundin, die aus gutem Grund Geschäfte mit Stern zu meiden begann. Aha.
- Auch nicht die christliche Familie, bei der nachgefragt wurde, warum die Kinder an christlichen Festtagen nie zu BdM und Hitlerjugend kommen, wo doch der Vater bei der Polizei tätig sei. Aha.
- Und wie war das mit "Karlchen", dem behinderten Bruder der Großmutter? Der starb in einer Anstalt. An Lungenentzündung. Wie viele Behinderte damals. Aha.

Und viel von diesem Diffusen blieb lange in den Köpfen bestehen: Weit über die Jugendjahre hinaus erzählten mir Ältere oft wortreich, was die "Pollacken" und "der Russ" alles mit den armen, deutschen Landsern vor und nach Stalingrad angestellt haben. Selbst wenn ich darin die Aufarbeitung eigener Traumata sah, berührte mich negativ, wie wortkarg die Antwort auf meine Gegenfrage ausfiel: "Was haben deutsche Soldaten eigentlich mitten in Russland gemacht?"

Das also war die politisch-gesellschaftliche "Dunstglocke", unter der ich aufwuchs. Die Familie immer gesprächsbereit, aber bei einzelnen Themen eher diffus und bedeckt. Wichtige Politiker wurden für ihre mehr als konservative Haltung gewählt, verstießen gegen Gesetze und führten ständig Prozesse gegen Intellektuelle von Mitte bis Links. Ein heiß diskutierter Radikalerlass, wo man der Umsetzung den Blick nach Links und nur nach Links anmerkte. Dazu die verebbende Studentenbewegung, deren Höhepunkt mir altersbedingt verschlossen blieb, und die allmählich in die Flower-Power-Bewegung übergang. Begegnungen mit dem Staat fanden bei den im Landkreis Konstanz häufigen Verkehrskontrollen statt, bei denen Langhaarige in bunten VW-Käfern beliebte Zielgruppe waren, die - herausgewunken - von Uniformierten mit automatischen Waffen umstellt, deren Dokumente überprüft und die selbst abgetastet wurden.

In dieser Atmosphäre wurden mir Widersprüche deutlich und immer wieder Eindrücke, darüber sei nicht zu sprechen, da gäbe es Verdecktes oder ein Geheimnis. Das empfand ich als gesellschaftliches Klima, wie ich es später zuweilen in Familien erlebte, die ein schlimmes Geheimnis bewahrten: fassadenhaft, pseudooffen und in allen Variationen das "Alles ist gut".

Heute weiß ich: Mein Gefühl trotzt mich nicht. Historisch kann man heute nachvollziehen, dass es nach dem Krieg nie eine Entnazifizierung gab. Natürlich gab es einzelne Kommandeure, die bei Kriegsende die Tore der KZs öffneten und zwangsweise Deutsche aus der Umgebung durchführten: "Davon wollt ihr nichts gewusst haben?" Aber die Erschütterung und die Tränen wirkten echt und betroffen. Dass da etwas Schlimmes und Ungerechtes geschah, wussten vermutlich viele, das Ausmaß und wie schrecklich es war, wussten die meisten wohl nicht, vielleicht auch nur, weil sie gar nicht wissen wollten, wie weit es die menschliche Vorstellungskraft übersteigt\*. Und die, die alles wussten, taten in den Prozessen später so, als seien sie ebenso unwissend gewesen: "Ich wusste gar nichts" - "Ich habe nur Befehle ausgeführt" - "Das ging allein von Hitler aus". Keiner der Feiglinge hatte den Mut, aufrecht zu seiner Überzeugung zu stehen: "Ja, ich wollte das Judenpack ausrotten - hat leider nur zum Teil geklappt!" So kann ich heute im Rückblick nur sagen: Armselig, wie diese Nazi-Größen, diese von Massen bejubelten Volksverderber als Heuchler aufgehängt wurden.

Und dann wurde den Siegern klar, dass sie schnell eine funktionierende Infrastruktur aufbauen mussten, damit sich Deutschland bald wieder selbst finanzieren kann: Sie stellten fest, dass

sie die alten Verwaltungsfachleute brauchten, die alten Ingenieure, die alten Mediziner, die alten Professoren, die alten Unternehmer, ... - überall kamen die alten Braunen aus den Löchern gekrochen und gleich wieder in Amt und Würden. Bis hin zur Politik, wo - Gottseidank! - viele Emigranten und Geflüchteten ebenfalls aktiv wurden.

So kam es zum Beispiel, dass ein Dr. Hans Globke in der Hitler-Zeit an den Judengesetzen mitwirkte und einen vielbeachteten Kommentar dazu schrieb. Später behauptete er, die Klarheit durch die Rassegesetze hätte vielen Juden das Leben gerettet. Dieser Mann war später 7 Jahre als Ministerialbeamter für Bundeskanzler Adenauer persönlich tätig, der ihn mehrfach vor Ermittlungen schützte und dabei bekannte, "kaum je einen Beamten kennengelernt" zu haben, "der mit gleicher Pflichttreue ... seines Amtes waltet". Aber genau das ist ja das Problem: Globke war jedem Herrn treu gehorsam. Nachdem genügend Beweise zu einem konkreten Sachverhalt (durch den mehrere Tausend Juden zu Tode kamen) vorlagen, erging eine Anklageschrift. Adenauer setzte sich wieder ein und unterstellte, DDR-Informanten hätten der Staatsanwaltschaft gezielt Fehlinformationen zukommen lassen, wischte alles als (wie wir heute sagen würden) Fake-News vom Tisch - die Strafsache solle der Bonner Staatsanwaltschaft übertragen werden; dort wurde wenig später das Verfahren eingestellt.

Auch um 1970 herum waren überall noch Personen in führenden Positionen, die bereits unter Hitler als linientreue Parteibuchträger Karriere gemacht hatten. Und hatten manche Kritiker die Hoffnung, mit dem Älterwerden dieser Personen löse sich auch der braune Dunst auf, wurden sie enttäuscht: Natürlich umgaben sich die früheren Faschisten - wie alle Menschen in Führungspositionen - mit jüngeren Gesinnungsgenossen, so dass wohl ein Generationenwechsel, aber keine grundlegende Veränderung eintrat.

Da kam der "Kalte Krieg" gelegen: Alle sahen den Feind im Kommunismus, und den "Konservativen" war schon die bürgerliche Mitte zu sehr unter dem Einfluss kommunistischer Propaganda - ein Vorwurf, dem sich Friedensbewegung und auch Grüne noch in den 1990-er Jahren ausgesetzt sahen. Dabei blühte in jenen Jahren der Euro-Kommunismus und einige Neo-Marxisten saßen in Regierungen Europas, aber in Deutschland nahm niemand zur Kenntnis, wie zahm sie waren und wie fast verschämt sie gelegentlich ihren Marx zitierten: DAS war der Feind!

Entsprechend beschreibt das Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma die Geschichte jener Jahre:

"So konnten etwa Kriminalpolizisten, die unmittelbar an der NS-Verfolgung der Sinti und Roma beteiligt gewesen waren, ihre Karrieren weiter fortsetzen, ohne sich juristisch für ihre Beteiligung an den NS-Verbrechen verantworten zu müssen. Nationalsozialistisch belastete Beamte leugneten die rassistische Verfolgung der Sinti und Roma und verteidigten diese als »verbrechensvorbeugende Maßnahmen«. Diese Auffassung schlug sich 1956 in einem Grundsatzurteil des Bundesgerichtshofs nieder, das jahrelang die Entschädigung von zahlreichen verfolgten Sinti und Roma verhinderte. Die Gerichte schenkten den einstigen Tätern mehr Glauben als den Opfern.

Darüber hinaus hielten Polizeibehörden und sogenannte »Rassenforscher« Akten unter Verschluss, die zum Nachweis der Verfolgung notwendig gewesen wären. ... Ihre Akten waren teilweise bereits in der Zeit des Nationalsozialismus angelegt worden und wurden in vielen Entschädigungsprozessen dazu verwendet, um Klagen von Sinti und Roma abzuweisen, die den Holocaust überlebt hatten.

Jedoch herrschte weiter Unklarheit über den Verbleib der [weiteren] Akten, die während des Nationalsozialismus ... angelegt worden waren. Die Bürgerrechtsbewegung deutscher Sinti und Roma hatte es sich zum Ziel gesetzt, diese NS-»Rassenakten« zu finden und an das Bundesarchiv in Koblenz zu überstellen, wo sie für die Aufarbeitung des Völkermordes zugänglich gemacht werden sollten. Durch Nachforschungen

konnte ermittelt werden, dass »Rassenforscher« die versteckt gehaltenen Akten jahrzehntelang für ihre pseudowissenschaftlichen Forschungen genutzt hatten. Am 2. September 1981 besetzten 18 Sinti den Keller des Tübinger Universitätsarchivs und verlangten die Herausgabe der Unterlagen. Nach wenigen Stunden wurden diese tatsächlich in das Bundesarchiv überführt. Jedoch waren die circa 20.000 sogenannten NS-»Rassengutachten« der »Rassenhygienischen Forschungsstelle«, die die Grundlage für den NS-Völkermord gebildet hatten, nicht darunter.”\*

Da werden nicht zufällig ein paar verlegte Akten im Keller gefunden - das hat Methode, wenn fast 40 Jahre lang kistenweise Unterlagen verschollen sind, während die Opfer allmählich sterben. Und manche der Opfer starben bitter und bitterarm.\* Und die Täter von früher werden nochmals zu Tätern, die den Kellerschlüssel in der Hosentasche herumtragen. Heute besteht Einigkeit, dass es ein stilles Einverständnis zwischen den ehemaligen Tätern gab, die in diesen Jahren "eigentlich" mit der Aufarbeitung befasst waren: statt Aufarbeitung ging es um Vertuschung, um das Retten der eigenen Haut, des eigenen Ansehens.

“Einzelfälle!” Aha.

1949 trat unser Grundgesetz in Kraft. 1953 trat das Bundesentschädigungsgesetz in Kraft, nach dem alle, die unter den Nazis verfolgt wurden, entschädigt wurden. Nein, nicht alle: Entgegen dem, was aus dem GG abzuleiten wäre, gilt nun plötzlich eine Einschränkung: Nur die werden entschädigt, die nach der Einführung des Grundgesetzes nichts gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung sagten. Nun gab es Kommunisten, die auf Grund ihrer Weltanschauung von Hitlers Regime verfolgt wurden, die Verfolgung überlebten und nach dem Krieg beim demokratischen Aufbau engagiert zupackten, z.B. ein Mann namens Heinz Renner. Er bekam als Verfolgter Entschädigungsleistungen. Bis 1959, als ihm mitgeteilt wurde, dass er alle Zahlungen rückerstatten müsse, da er in öffentlichen Reden und Schriftstücken als Mitglied der Kommunistischen Partei offenkundig gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung verstoßen habe. Ja, es sei zwar richtig, dass er die meisten Reden im Stadtparlament gehalten habe als demokratisch gewählter Abgeordneter - aber das tue nichts zur Sache. Ja, es sei auch richtig, dass er als erster Bürgermeister Essens seine demokratische Haltung deutlich gemacht habe - aber auch das tue nichts zur Sache. Er musste - wie auch andere in jenen Jahren - zurückzahlen, wurde bitter und bitterarm.\* Heute ehrt ihn die Stadt Essen.

“Das klingt ja, als wäre das ganze Staatswesen braun durchsetzt! Du spinnst ja!” Aha.

Zum Glück gibt und gab es Menschen, die sich mit mehr Sachverstand und profunder mit diesem Aspekt unserer Republik beschäftigt haben. Da gab es zum Beispiel einen Generalstaatsanwalt, der die Ermittlungsverfahren gegen Richter einstellte. Zur Verdeutlichung: Es gab nach Entstehen der Bundesrepublik einen großen Pool von Richtern, die als frühere, treue Nazi-Juristen nun auf der Basis der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Recht sprachen - ihre Verbrechen im III. Reich blieben nach der Einstellung der Verfahren ungesühnt.

Nun wirst Du glauben, dieser Generalstaatsanwalt sei der Braune gewesen, der den alten Kameraden helfen wollte. Weit gefehlt! “Die Einstellung von Ermittlungsverfahren gegen ehemalige Nazirichter durch den hessischen Generalstaatsanwalt Fritz Bauer hat nichts mit einer Parteinahme für Nazirichter zu tun. Ebenso wie andere Generalstaatsanwälte hielt Bauer die Einleitung solcher Verfahren angesichts höchstrichterlicher Entscheidungen wohl für Zeit- und Kraftverschwendung, da sie ohnedies mit einem Freispruch geendet hätten. ... Nicht ein einziger der am Volksgerichtshof tätigen ... wurde verurteilt. Schuld daran war nach übereinstimmender Auffassung die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes (... BGH NJW 1968). Der Bundesgerichtshof räumte das später selbst ein (Urteil vom 16.11.1995 ...). Der Senat neige zu dem Befund, "dass das Scheitern der Verfolgung von NS-Richtern vornehmlich durch eine zu weit gehende Einschränkung bei der Auslegung der subjektiven Voraussetzungen des Rechtsbeugungstatbestands bedingt war". Darin liege "ein folgenschweres Versagen bundesdeutscher Strafjustiz".” (zitiert nach Kurt Nelhiebel, 26. Oktober 2015)



Also noch einmal: Im damaligen Bundesgerichtshof sind so viele "braun Angehauchte", dass eine Verurteilung der Nazi-Richter des Volksgerichtshofs, die Unrechtsurteile am Fließband produzierten\*, unmöglich wurde - so vom gleichen Bundesgerichtshof 45 Jahre später festgestellt. Anders gesagt: Das System, das Rechtssystem der Bundesrepublik, war rechtslastig.

Wer war Fritz Bauer? 1903-1968, Schwabe, Sohn jüdischer Eltern, Atheist; Jurastudium, jüngster Richter am Stuttgarter Amtsgericht in der Weimarer Republik; ab 1920 SPD-Mitglied; 1933 festgenommen, inhaftiert (KZ Heuberg, Ulmer Arresthaus); 1936 nach Dänemark emigriert, 1940 interniert, aus dieser Zeit stammt der unbestätigte Verdacht der Homosexualität; Flucht nach Schweden, arbeitet mit Willy Brandt zusammen; 1949 Rückkehr, tätig als Richter, ab 1956 als hessischer Generalstaatsanwalt bis zu seinem (ungeklärten) Tod 1968.

Kurt Nelhiebel beschreibt 2014 die Arbeit von Fritz Bauer: "Dem von den Nazis verfolgten Juristen ging es nicht in erster Linie darum, Beteiligte am Massenmord an den Juden auf die Anklagebank zu bringen, viel wichtiger war ihm, den Menschen die Augen zu öffnen für die Wurzeln des Bösen, wie er es nannte. Millionen haben zu diesem Bösen geschwiegen, Hunderttausende haben es aktiv unterstützt, darunter die gesamte deutsche Richterschaft. Sie fürchtete Fritz Bauer, der das andere, das bessere Deutschland verkörperte, am meisten und verachtete ihn als Nestbeschmutzer. Er machte den Mitmachern von einst und ihren Alumnien ein schlechtes Gewissen, er war ihnen ein Stachel im Fleisch ..."

Besonders unbeliebt habe sich Bauer gemacht, als das Braunschweiger Landgericht 1952 seiner Argumentation folgte, "der nationalsozialistische Staat sei 'kein Rechtsstaat, sondern ein Unrechtsstaat' gewesen. Er befreite die Widerstandskämpfer des 20. Juli damit vom Vorwurf des Landesverrats. Aber nicht alle dachten so. 1956 kam der Bundesgerichtshof zu dem Schluss, auch der nationalsozialistische Staat habe das Recht auf Selbstbehauptung gehabt und sprach einen ehemaligen SS-Richter [Dr. Otto Thorbeck, Oberrichter beim SS- und Polizeigericht München] frei, der die Widerstandskämpfer um Admiral Canaris und Dietrich Bonhoeffer zum Tode verurteilt hatte." Wem die christlichen Werte bedeutsam sind, höre dies noch einmal mit Bedacht: 1956 wurde bestätigt, dass es rechtens war, Dietrich Bonhoeffer hinzurichten.\* Das sind doch wahrhaft konservative Werte!

Und wieder: Klüngel im Rechtssystem halten mit dem Argument, konservative Werte zu schützen, die Hand über die Täter und behindern die Justiz, der sie selbst verpflichtet sind. Fritz Bauer kämpfte als Jurist jahrzehntelang gegen diese braun angehauchte Dunstglocke, wurde dabei diffamiert und verunglimpft, auch 1962 öffentlich von einem historisch belesenen Abgeordneten-Jungspunt zurechtgewiesen und angefeindet, der sich auch später mehr durch Aussetzen als Aufarbeiten auszeichnete: Helmut Kohl.

"Aber das liegt ja schon gut 50 Jahre zurück!" Echt?

2010 wurde ein Dokumentarfilm auf der Berlinale hoch gelobt, bis 2018 wurde er in 17 Sprachen übersetzt und weltweit aufgeführt. Deutsche Filmkritiker bezeichneten ihn als wichtiges Zeitdokument zu Aspekten der deutschen Geschichte. Er erhielt das höchste Prädikat "Besonders wertvoll". Es ist also ein rundherum empfehlens- und sehenswerter Film. Sein Titel: "Fritz Bauer - Tod auf Raten". Die ARD verweigert aus grundsätzlichen Bedenken eine Ausstrahlung. Der Fall "Fritz Bauer" ist brandaktuell.

Das Problem ist: Wenn ein Fehler im System liegt, in der Denkweise, die dem System zugrundeliegt, dann wiederholt sich der Fehler kontinuierlich, dann produziert dieses System ständige Fehler. Es macht eben einen riesigen Unterschied, ob ich sage ...

- ... ein Staat hat jedes Recht nach Belieben mit Andersdenkenden zu verfahren und unterliegt dabei keinem übergeordneten Maßstab oder Rechtsbegriff, auch keiner Ethik, woran er jetzt oder später gemessen werden darf.
- ... ein Staat - auch ein Unrechtsstaat - hat ein Selbstbehauptungsrecht und kann dazu Gesetze erlassen, die nur diesem Zweck dienen, auch wenn sie unrecht sind.

- ... ein Staat muss sich in seinen Entscheidungen an einem höheren Rechtsgut, an einer übergeordneten Ethik messen lassen können. Insbesondere in seinem Verhalten gegenüber Andersdenkenden.

Das sind sprachlich nur kleine Unterschiede, aber sie machen den Unterschied zwischen einer Diktatur, der Billigung einer Diktatur und einem Rechtsstaat aus.

Manchmal erkennt man den "Fehler im System" schon früh, aber wird er nicht behoben, hat er dauerhafte Auswirkungen. Kurt Nelhiebel kritisiert 2019 im Rückblick: "Es war eine Schnaps-idee, den Schutz des Grundgesetzes, kaum dass es aus der Taufe gehoben war, einem Amt ohne direkte demokratische Legitimation anzuvertrauen, dem Bundesamt für Verfassungsschutz." Die ersten Mitarbeiter dieses Bundesamts waren Menschen mit Erfahrung bei verdeckten Ermittlungen zum Schutze des Staates, rekrutierten sich auch aus den Reihen von Gestapo, SS und SA. Diese vormals Hitlertruen sollten nun das Grundgesetz vor Schaden bewahren. Nelhiebel mutmaßt: "Die von den Alliierten zum Tode verurteilten deutschen Hauptkriegsverbrecher werden sich in der Hölle ausgeschüttet haben vor Lachen angesichts des Stelldicheins, das sich ihre Mitstreiter von einst beim Verfassungsschutz gaben."

Richtig ist, dass da Menschen im Bundesamt für Verfassungsschutz tätig wurden, die darauf trainiert waren und zu deren Natur es geworden war, nach links zu schauen und die Linke klein zu halten, während sie - wie inzwischen viele vermuten - auf dem rechten Auge blind waren.

- Schon im 1. Verfassungsschutzbericht konnte das Amt 1962 froh verkünden, der Rechtsextremismus sei schwach und werde überschätzt. Übertriebene Zahlen würden eher auf kommunistische Propaganda zurückgehen. Schon damals war es bei den Rechten als Täuschungsmanöver beliebt, den Linken die Schuld zu geben. Aus dem Blickwinkel der Verfassungsschützer, die selbst eher rechts der Mitte standen, war dies eine korrekte Beschreibung, weil von ihrem Standpunkt aus fast alle links waren.
- Dank dieser Sichtweise wunderten sich die Verfassungsschützer über die Aufregung, nur weil sie illegal die Telefonate von Bundestagsabgeordneten mithörten. Ein Skandal war auch das Argument, mit dem sich Bundesinnenminister Höcherl (CSU) schützend vor seine Leute stellte: Sie könnten nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen. Ich meine: Doch, gerade als Verfassungsschützer.
- 40 Jahre später zieht ein Neonazi-Killerkommando durchs Land und bringt reihenweise Leute um. Der Verfassungsschutz hat keine Ahnung, kann den Polizeibehörden keine Hinweise auf Neonazi-Aktivitäten geben, kann später nichts an Beweisen beitragen, kann kein faschistisches Netzwerk erkennen: Rechtes Auge fest verschlossen.
- Im späteren Prozess gegen Beate Zschäpe verhindert die Bundesanwaltschaft, dass Beweise für die Verwicklung von Behörden erhoben werden: Darauf gäbe es keinerlei Hinweise durch den Verfassungsschutz: Die, die jahrelang die Entwicklung verschlafen oder toleriert haben, werden zu Zeugen in eigener Sache ernannt und nicht nur die Familien der Opfer bleiben mit großen Fragezeichen zurück.
- In 2016 gibt es ein Video, in dem ein rechter Mob Menschen mit dunkler Hautfarbe verfolgt\*. Der Präsident des Verfassungsschutzes kann sofort klarstellen, sein Amt habe Belege, wonach Zweifel an der Szenerie begründet seien. Seine Belege bleibt er schuldig, während immer mehr Videos weiterer Privatpersonen ein umfassenderes Bild der Menschenjagd ermöglichen.
- 2016 wird ein Aufmarsch von Braunen, Faschisten und Neonazis von akkreditierten Journalisten gefilmt und kommentiert. Polizisten drängen die Berichterstatter ab und verhindern weitere Filmaufnahmen, während sie langwierig die bereits kontrollierten Personen- und Presseausweise nochmals überprüfen. Im Hintergrund ziehen die Braunen teilweise mit Hitlergruß an der Polizei als Freund und Helfer vorbei.
- Zwischen 2015 und 2020 werden in Polizei, Bundeswehr und anderen Einrichtungen rechtslastige Netzwerke enttarnt und deren Mitglieder aus dem Dienst entfernt. Inzwischen sollen neu geschaffene Instanzen den rechten Umtrieben in Behörden und Organisationen, die besonders auf das Grundgesetz vereidigt sind, Einhalt gebieten - nachdem der Verfassungsschutz nie Hinweise finden konnte.

- Der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz bespricht mit VertreterInnen der AfD, wie sie sinnvoll mit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz umgehen können. Das Recht, sich darüber zu informieren, habe jede Partei, meint er. Was er wohl nicht weiß: Nicht jede steht unter Beobachtung.
- Derselbe, inzwischen ehemalige Präsident des Bundesamts ist in der CDU einer der profilierten Vertreter der "Werte-Union". Ich kenne von ihm keine Äußerung, mit der er ein Fehlverhalten seiner Behörde oder sich selbst einräumt. Diese Punkte scheinen den Werten von ihm und seinen Weggenossen der "Werte-Union" zu entsprechen.

Die Reihe der Beispiele ließe sich erschreckend lange fortsetzen, die ich in den Jahren eines politisch und gesellschaftlich mitdenkenden Menschen erlebt habe. Ausgehend von der Thüringer Wahl und dem nachfolgenden Debakel habe ich mein "gesellschaftlich-politisches Erwachen" in der Jugend geschildert und bin fast nahtlos zu Schilderungen aus den vergangenen Jahren gelangt. Was in meiner Jugend als diffuses Gefühl entstand, ist geblieben und wurde konkretisiert und erweitert durch Erlebnisse und Geschehnisse, durch Nachrichten und Diskussionen. Deshalb werde ich im nächsten Schritt aufzeigen, weshalb ich heute als sozial denkender, bekennend christlicher, ökologisch handelnder, liberaler Demokrat einen klaren Schnitt setze zwischen mich (und demokratische Kräfte in Deutschland) und die Faschisten und Populisten (einschließlich der AfD, Trumpisten, etc, sowie ihren Helfershelfern als gutmeinenden Querdenkern oder düster-ideologisierten QAnon-Verschwörern). Dabei werde ich zu einzelnen Stichworten, die insbesondere von den Rechten immer wieder eingeworfen werden, stärker eingehen als es notwendig wäre, könnte ich bei allen LeserInnen ein breites Faktenwissen aus vertrauenswürdigen Kanälen voraussetzen; so aber ist mir wichtig, die Fakten zu benennen, auf die ich mich berufe.

Ich stelle fest: Mein Bild faschistoider Politikbestrebungen ist das Bild von Unaufrichtigkeit, Intransparenz, Einschüchterung, Unterwanderung und Gewalt gegenüber Andersdenkenden. Dies reicht von schürenden Worten bis brutalem Mord. Ich wollte an dieser Stelle ein paar Zeitungsüberschriften der letzten Monate zurück bis Anfang 2019 zusammentragen, aber das hätte den Rahmen gesprengt: Hier nur Headlines aus dem letzten Vierteljahr.

**Syke : Mutmaßlich rechtsextremer Anschlag auf Gaststätte** Der Staatsschutz ermittelt wegen eines Brandanschlags auf ein Restaurant in Syke. Es gibt Hinweise auf fremdenfeindliche Motive: Am Gebäude fanden sich Hakenkreuze. 13.02.20

**Antisemitismus : Die vergessenen Toten der Reichenbachstraße** Am 13. Februar 1970 starben bei einem Anschlag auf das jüdische Gemeindehaus sieben Holocaust-Überlebende. Nun gedenkt ihnen die Stadt München erstmals. Warum so spät? Von Niclas Seydack 13.02.20

**Kriminalität : Wellen des Hasses** In Deutschland treten Politiker aus Angst zurück, Autoren erhalten Morddrohungen, Feuerwehrleute und Lehrer werden eingeschüchtert. Wer steckt hinter den Angriffen? Von Christian Fuchs, Luisa Hommerich, Stephan Lebert u. a. 3. Februar 2020

**Mordfall Lübcke : Stephan E. wird weiter des Mordes verdächtigt** Der Bundesgerichtshof hält E. im Mordfall Walter Lübcke weiterhin für dringend tatverdächtig. Der dritte Beschuldigte, Elmar J., wurde hingegen aus der U-Haft entlassen. 27. Januar 2020

**Hass : Dieser Hass darf nicht zur neuen Normalität werden** Hetze gegen Bürgermeister, Feuerwehrleute, Polizeibeamte: Die Gegner der Demokratie sind dabei, dieses Land zu verändern. Wir dürfen sie nicht gewinnen lassen. von Marc Brost 23. Januar 2020

**Demokratie : "Die Hasspropaganda ist zurück"** "Ja, es gibt Ähnlichkeiten": Der Historiker Andreas Wirsching über die Zwanzigerjahre, die Krise unserer Demokratie und die Frage, wie viel NSDAP in der AfD steckt. Frank Werner und Markus Flohr 6. Februar 2020

**Radikalisierung : "Die AfD wurde unterwandert"** Mehr als 25 Abgeordnete in Bund und Ländern haben die AfD inzwischen verlassen. Sieben Aussteiger erzählen, wie sich eine Bewegung radikalisierte – und warum sie gingen. Alexander Rupflin und Manuel Stark 5. Februar 2020

**BKA : Zahl rechtsextremer Gefährder höher als bislang bekannt** Das Bundeskriminalamt geht von einem Anstieg der gewaltbereiten Rechtsextremisten aus. Nun soll das von ihnen ausgehende Risiko mit einem neuen System ermittelt werden. 5. Februar 2020

**Polizei Hessen : Wie offen ist die hessische Polizei nach rechts?** Nach dem Rechtsextremismus-Skandal in der hessischen Polizei wurden die Einstellungen der Beamten untersucht. Die Ergebnisse zeigen: Von Entwarnung kann keine Rede sein. Ein Gastbeitrag von Tobias Singelstein 4. Februar 2020

**Rechtsextremismus : "Die Menschen fallen aus allen Wolken"** Der BKA-Chef fordert härtere Strafen für Neonazis, die Daten auf Feindeslisten sammeln. Bianca Klose berät Betroffene und sagt: Das reicht nicht. Interview: Frida Thurm 4. Februar 2020

**Rechtsextremismus : BKA-Chef fordert härtere Strafen für Feindeslisten** Immer wieder veröffentlichten Rechtsextremisten Listen mit vermeintlichen politischen Gegnern. BKA-Chef Holger Münch will, dass dies künftig strafrechtlich geahndet wird. 3. Februar 2020

**Karamba Diaby : "Nein, kein Zweifel"** Warum sich Karamba Diaby von den Schüssen auf sein Büro nicht einschüchtern lässt: Er will nicht zulassen, dass die, die ihn terrorisieren, ihr Ziel erreichen. Von Josa Mania-Schlegel 27. Januar 2020

**Alexander Pluquett : Humor gegen Extremisten** "Die waren nicht zum Lachen hier." Der Kabarettist Alexander Pluquett wurde auf der Bühne eines Dresdner Kabarets von mutmaßlichen Neonazis angegriffen. Von Josa Mania-Schlegel 28. Januar 2020

**Rechtsextremismus : Zwickaus schwieriges Gedenken** In Zwickau werden nun ein Dokumentationszentrum und ein Erinnerungsort für die Opfer des NSU eröffnet. Auch Kanzlerin Angela Merkel kommt. Viele Fragen sind noch offen. Von Doreen Reinhard 3. November 2019

**Militärgeheimdienst : Rund 550 rechtsextreme Verdachtsfälle in der Bundeswehr** Der Militärgeheimdienst ermittelt laut "Welt am Sonntag" gegen Hunderte womöglich rechte Soldaten. Eine "Schattenarmee" gibt es laut MAD in der Bundeswehr aber nicht. 26. Januar 2020

**Rechtsextremismus : Horst Seehofer verbietet Combat 18** Combat 18 gilt als bewaffneter Arm des Neonazinetzwerks Blood and Honour. In mehreren Bundesländern durchsuchte die Polizei Wohnungen. 23. Januar 2020

**Rechte Esoterik : Meditieren, heilen, Juden hassen** Mit Lebensweisheiten und Mantren bedienen Esoteriker auf YouTube ein Riesenpublikum. Doch viele predigen auch rechte Verschwörungstheorien. Unbeobachtet von den Behörden. Von Mio Liebenritt 20. Januar 2020 549 Kommentare

**Geschichtsklitterung : Neonazis verbreiten Opfermythos** Neonazis haben in Magdeburg der Bombenopfer des Zweiten Weltkriegs gedacht – mit falschen Zahlen. Auf Märschen wie diesen will sich die NPD erneut in Stellung bringen. Von Hardy Krüger 18. Januar 2020

**Militärgeheimdienst ermittelte gegen 208 Bundeswehroffiziere** Der MAD hat in den vergangenen vier Jahren offenbar zahlreiche Rechtsextremismusvorwürfe in der Bundeswehr geprüft. Betroffen waren Soldaten, aber auch einige Offiziere. 17. Januar 2020

**"Freie Kameradschaft Dresden" : Landgericht Dresden verhängt Haftstrafen gegen Rechtsextremisten** Sie hatten aus rassistischen Motiven Migranten, Andersdenkende und Polizisten attackiert. Dafür erhielten sechs Mitglieder der Freien Kameradschaft Dresden Haftstrafen. 17. Januar 2020

**Spuren" : "Manche Familien sind vor Enttäuschung verstummt"** In einem Dokumentarfilm kommen Familien von Mordopfern des NSU zu Wort. Noch immer sind Angehörige verbittert – und kämpfen um ihren Platz in der Gesellschaft. Von Tom Sundermann 11.02.20

**Rechtsextremismus : Seehofer verbietet militante Neonaziorganisation** Die Neonaziorganisation Combat 18 ist Teil des rechtsextremen Netzwerks Blood and Honour. Bei Wohnungsdurchsuchungen stellten Ermittler Beweismaterial sicher. 23. Januar 2020

**Judenhass : Verantwortlicher für antisemitische Website könnte straffrei bleiben** Die antisemitische Website "Judas.Watch" listete politische Feinde von Neonazis. Mittlerweile ist die Hassseite vom Netz. Der Drahtzieher sitzt vermutlich in Österreich. Von Christof Mackinger und Sabina Wolf 17. Januar 2020

**Nordrhein-Westfalen : Bürgermeister von Kamp-Lintfort zieht Klage auf Waffenschein zurück** Der Politiker hatte zum Schutz gegen Rechtsextreme eine Waffe tragen wollen. Sein abgelehnter Antrag löste eine Debatte aus. Jetzt verzichtet er auf juristische Schritte. 17. Januar 2020

**Gesellschaft : Städtetag fordert Solidarität mit bedrohten Politikern** Die Zahl der Straftaten gegen Amtsträger ist im vergangenen Jahr deutlich gestiegen. Der Städtetag fordert die Gesellschaft auf, Hass keinen Raum zu geben. 13. Januar 2020 147 Kommentare

**Walter Lübcke : Video soll Stephan E. und Markus H. auf rechter Demo zeigen** Im Herbst 2018 marschierten AfD und Rechtsextreme gemeinsam in Chemnitz. Nun scheinen Aufnahmen auch die Teilnahme der beiden Mordverdächtigen im Fall Lübcke zu belegen. 11. Januar 2020 162 Kommentare

**Kamp-Lintfort : Hunderte demonstrieren für bedrohten Bürgermeister** Weil er von Rechtsextremen bedroht wird, hat der Bürgermeister von Kamp-Lintfort einen Waffenschein beantragt. Nun haben ihm Hunderte ihre Solidarität gezeigt. 11. Januar 2020

**Rechtsextremismus : Rechter Plattenproduzent erneut vor Gericht** Ein Allgäuer Unternehmer soll volksverhetzende Musik vertrieben haben. Vor Gericht wurde er freigesprochen. In einem neuen Anlauf könnte der Fall nun anders ausgehen. Von Sebastian Lipp 10. Januar 2020

**Rechtsextremismus : AfD bereitet Klage gegen Verfassungsschutz vor** Ende der Woche will die AfD über die Erhebung einer Klage abstimmen. Die Partei sieht sich durch "stigmatisierende und ehrschädigende Aussagen" verunglimpft. 7. Januar 2020

**Björn Höcke : Der Angstmacher** Der AfD-Rechts-außen Björn Höcke gilt als Demagoge. Unsere Gastautorin hat sechs seiner rhetorischen Kniffe entschlüsselt. Sie spricht von "faschistischen Narrativen". Ein Gastbeitrag von Natascha Strobl 30. Dezember 2019

**Politische Angriffe : 1.241 politisch motivierte Straftaten gegen Politiker** Die meisten politischen Taten gegen Amts- und Mandatsträger sind von Rechtsextremen verübt worden. Am häufigsten betroffen waren Politikerinnen und Politiker der CDU. 23. Dezember 2019

**Sachsen-Anhalt : Weiteres CDU-Mitglied bei Uniter ausgetreten** Nach Robert Möritz hat ein weiteres CDU-Mitglied laut einem Bericht den umstrittenen Verein verlassen. Uniter werden Verbindungen ins rechtsextreme Milieu vorgeworfen. 18. Dezember 2019

**Rechtsextremismus : Einzelfälle mit System** Bundesinnenminister Horst Seehofer will rechtsextreme Beamte verstärkt überprüfen. Der Vorstoß könnte Folgen für AfD-Mitgliedschaften von Polizisten und Lehrern haben. Eine Analyse von Luisa Hommerich 18. Dezember 2019

(Mit kerniger Betonung laut vorzulesen:) "Das kann doch nur das üble Machwerk eines linken Hetzblattes sein, dessen sozialistische Agitprop-Fake-Journallie das deutsche Volk zersetzen will!" Blödsinn: der überwiegende Teil entstammt einer Aufzählung von "Zeit-online", quergeliesenen mit anderen, teilweise regionalen Blättern. Der "Zeit" fehlt jede klassenkämpferische Attitüde, fehlt jeder Hang zu aufgeregtem Enthüllungsjournalismus, sie ist ganz bieder "Mitte" mit kritisch-geistreichen Blicken in jede Richtung.

Also noch einmal: Mein Bild faschistoider Politikbestrebungen ist das Bild von Unaufrichtigkeit, Intransparenz, Einschüchterung, Unterwanderung und Gewalt gegenüber Andersdenkenden. Dies reicht von schürenden Worten bis brutalem Mord. Es ist das diffuse Gefühl meiner Jugendjahre, angereichert mit den bewusst wahrgenommenen Fakten im Laufe eines Menschenlebens, konkretisiert am Erleben der letzten Monate. Wie lächerlich klingt es da, wenn die AfD den Verfassungsschutz verklagt oder Seehofer oder Merkel: Das ist nur eine weitere Stufe auf dem Weg, diese Gesellschaft mit Unaufrichtigkeit, Intransparenz, Einschüchterung, Unterwanderung und Gewalt gefügig zu machen. Nach dem Motto "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns" werfen sie das jedem vor, der weiter links als die AfD steht: allen.

Ich aber sage Euch: "Wer nicht mit mir ist, der ist wider mich", so spricht der Herr. Matthäus 12,30 ist die Wurzel des zitierten Mottos, ein urchristlicher Gedanke: Entweder Du folgst dem, der für Nächstenliebe und Ehrfurcht vor dem Leben steht, oder uns trennen Welten. Das ist die Ethik, an der ich die Rechten und alle Extremen messe.

Da ist kein Platz für Sätze wie "Wir werden die Merkel jagen"\* (Gauland). "Wir werden uns unser Land und unser Volk zurückholen"\* sagt der Vorsitzende (Gauland) einer 14,5-Prozent-Partei: Ihr seid nicht dieses Land oder dieses Volk - WIR sind das Volk! Eher seid ihr die Volksverderber\*, als die Hitler die Juden und euer Höcke Sigmar Gabriel bezeichnete. Wer als Geschichtslehrer (Höcke) so wenig aus der Geschichte gelernt hat, dem wird ein Mahnmal aufrechter Betroffenheit zwangsläufig zu einem "Mahnmal der Schande" (Höcke) ohne zu merken, wer die Schande ist. Da ist auch kein Platz für Sätze über eine deutsche Politikerin wie "Wir werden sie dann auch, Gott sei dank, in Anatolien entsorgen können."\* Nein, mit Gott hat das nichts zu tun, Herr Gauland, das ist teuflisch: Wer heute davon träumt, Menschen zu entsorgen, freut sich morgen über die Rauchschwaden effizienter Öfen.

In vielen Bundesländern ist die AfD ja im Parlament und hat damit die Möglichkeit, Anträge zu stellen: An ihren Anträgen werdet Ihr sie erkennen! Finanzmittel sollen nach Beschlussanträgen der AfD in Hessen eingespart werden bei:

- schulische Förderung kranker Kinder (z.B. Klinikbeschulung krebserkrankter Kinder)\*
- Förderung hochqualifizierter Studenten und Jung-Wissenschaftler unter den Flüchtlingen
- Betreuung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge\*
- Projekte für sozial Benachteiligte (Deutsche!)\*
- Schulen in freier Trägerschaft (Waldorf etc.)
- Kampagne für Werte und Respekt
- Naturschutzverbände

- Kulturinitiativen und vieles mehr.

Die Stoßrichtung des politischen Arms der Rechten ist deutlich: Die Schwachen unserer Gesellschaft endgültig abhängen. Schon die Hitler-Nazis rechneten vor, dass ein „Erbkranker“ die Gesellschaft täglich 5.50 RM\* koste, wovon eine ganze, gesunde, deutsche Familie einen Tag leben könne – und sie rechneten nicht nur vor, sondern schritten zur Tat. Und die Vorbereitung zu Taten darf man in den genannten Punkten vermuten, die vorhandene Ungleichheiten noch weiter verstärken und zu einer aggressiven Spaltung der Gesellschaft beitragen.

Wer von der „Kanzler-Diktatorin“\* spricht, dem ist wurscht, dass diese Kanzlerin demokratisch legitimiert ist, der veräppelt Demokratie und verharmlost Diktatur: Was kann man von so einem erwarten? Demokratie sicher nicht. Höcke formuliert noch klarer: "Eine neue politische Führung ist den Interessen der autochthonen Bevölkerung verpflichtet und muss aller Voraussicht nach Maßnahmen ergreifen, die ihrem eigentlichen moralischen Empfinden zuwiderlaufen."\* (Höcke) Gesagt hat er das in seinem Interviewbuch "Nie zweimal in denselben Fluss". Übersetzt heißt das: Höckes Demokratie ist auf die autochthonen, also urdeutschen, die "eigenen" Leute begrenzt. Dieser Logik folgend, endet sie bei all jenen, die Höcke nicht für deutsch hält. Und er führt auch seine Vision näher aus: "Neben dem Schutz unserer nationalen und europäischen Außengrenzen wird ein groß angelegtes Remigrationsprojekt notwendig sein."\*

Warum ein Zusammenleben nicht funktionieren kann, weiß Höcke auch: "Im 21. Jahrhundert trifft der lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp auf den selbstverneinenden europäischen Platzhaltertyp."\* Interessant: Die Gefahr geht also vom Afrikaner aus. Interessant wäre aber auch, die hinter solchen Äußerungen liegenden Persönlichkeitsstrukturen psychoanalytisch zu erheben, auch in Beziehung zu anderen Gedanken ("Wir müssen unsere Männlichkeit wieder entdecken."). Evolutionsgeschichtlich ist richtig, dass afrikanische Frühmenschen Europa besiedelten. Wir hier stammen also alle von afrikanischen (Ur-) Affen ab. Allerdings gab es in Europa Vermischungen: Nachweislich trägt jeder Europäer 2-4 % Neandertaler-DNS in seinen Genen. Manche mehr, manche weniger.

Die Äußerungen von Höcke gehen in Richtung „Reinhaltung der Rasse“, die man bei einem anderen Braunen nachlesen kann. Interessant wäre, wen Höcke dann remigrieren will: Will er Polen, Ungarn, Franzosen, Italiener und Spanier von ihren Arbeitsplätzen als Ingenieure und Facharbeiter wegscheuchen? Oder meint er nur Menschen von außerhalb der EU, die vorwiegend in Bau, Montage, Entsorgung und Pflege tätig sind? Ängstigen ihn die knapp 15 % Eingewanderter so, dass er dafür jeden Deutschen bis zum 80. Lebensjahr arbeiten lassen will? Allein die deutsche Staatsangehörigkeit schützt ja offenkundig nicht davor, nach Anatolien entsorgt zu werden - soll also die Sprache der Maßstab sein? Dann müsste er auch Deutsche deportieren, deren Dialekt eher Halskrankheit ist, während mancher Migrant gepflegt parliert (falls Du das alte Wort ‚parlieren‘ nicht kennst: „in Hochsprache kommunizieren“ – aber Achtung: Dir droht die sprach-bedingte Deportation!). Oder geht es AfD und Faschisten um die 4 % Muslime in Deutschland? "Der Islam ist ein Fremdkörper"\* meint Gauland und übersieht, dass es ein einfaches Rezept gibt, dieser Minderheit ihren Platz zuzuweisen: Selber mehr in die christlichen Kirchen gehen!

Auch diese Zitate ließen sich fast beliebig fortsetzen: Da wird deutlich, für was diese Herren stehen, auch die AfD, die zu ihnen aufschaut. Im Rahmen der Meinungsfreiheit dürfen sie so denken und auch so reden, ohne als Schande, Volksverderber oder Fremdkörper gejagt und entsorgt zu werden. So ist halt unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung.

Und um das auch noch einmal deutlich hervorzuheben: Die sogenannte „Werte-Union“ – ein Verein – ist ein Bündnis von Menschen, die teilweise der CDU, teilweise der AfD angehören, in dem CDUler an die AfD spenden und man sich gegenseitig unterstützt. Die Werte, für die diese Union einsteht, unterscheiden sich nach den Rede-Ausschnitten, die ich kenne, nicht wahrnehmbar von Reden in der AfD, teilweise nur an der gepflegteren Wortwahl von dem, was Braune an Stammtischen, in Hinterzimmern und auf der Straße loslassen.

Man muss aber auch fragen, warum die Linke in Thüringen so viel mehr Zustimmung findet als die AfD, warum die Linke mit Ramelow den Ministerpräsidenten stellte, warum die Linke für Grüne, SPD und einzelne andere als Koalitionspartner gilt. Es muss also einen deutlichen Unterschied zwischen links und rechts geben. Politik erkennt man an dem, was sie sagt und was sie tut. Offenbar war ein Drittel der Thüringer mit dem sehr zufrieden, was Ramelow gemacht hat – 31 % ist heutzutage ein Traumergebnis. Es kommt nicht von ungefähr:

- 5,1 % Arbeitslose – im Osten der Spitzenplatz; allerdings, weil viele in Ruhestand gingen (33 % sind über 60 Jahre alt, bundesweit ziemlich schlecht: kein Nachwuchs)
- Drastischer Schuldenabbau – keine neuen Schulden aufgenommen; das überrascht bei linken Regierungen, aber lässt das Land gut dastehen.
- Ein beitragsfreies Kita-Jahr, ein weiteres soll dazukommen, der Betreuungsschlüssel wurde verbessert; leider gibt es auch in Thüringen nicht genügend ErzieherInnen.
- Der Sanierungsstau an Schulen (Ursache in CDU-Zeiten) wurde abgebaut, mehr Lehrerstellen eingerichtet.
- Die Ausrüstung der Polizei wurde deutlich verbessert, mehr Stellen geschaffen, die Zahl der Polizei-Anwärter hat sich verdoppelt.
- Der Ausbau der Photovoltaik wurde um 170 % gesteigert – einer der bundesweiten Spitzenwerte; das Ziel, bis 2040 vom eigenen Strom zu leben, scheint erreichbar.
- Mehr Wald wird der Natur überlassen und nicht mehr wirtschaftlich genutzt (also – in meinen Worten – „Urwald“).

Das ist einfach eine solide Politik, die an Fakten orientiert den sinnvollen, nächsten Schritt anpackt, um Probleme zu lösen. Das wird – außer im Wahlkampf – auch von anderen Parteien gesehen (nicht AfD) und von den BürgerInnen. Diese Politik hat nichts Linkslastiges, gar Sozialistisches, an sich – ein Vorwurf, der oft gegen die Linke erhoben wird. Auch auf Bundesebene geht es der Linken nicht um eine grundsätzliche Änderung der Ordnung in Deutschland, sondern um die Gestaltung einer sozialen Gesellschaft im Rahmen dieser Ordnung. Darin unterscheiden sich Linke und AfD, aber diesen Unterschied versteht die CDU nicht, die es für politisch opportun hält, in ihrem Beschluss die Zusammenarbeit mit beiden zu verweigern.

Von der AfD und den Rechten insgesamt kennt man bisher nur Worte und Anträge, keine Regierungstaten, dafür umso mehr Taten „von der Straße“, von denen sich der parlamentarische Stoßtrupp teilweise nur zögerlich distanziert. Über Rechte, die als Populisten in Regierungsverantwortung kamen, werde ich meine Gedanken an anderer Stelle darstellen.

Das Problem, das die Rechten nicht nur billigend in Kauf nehmen, sondern auf das sie mit Kalkül setzen, um davon zu profitieren: Klare, harte Worte von den Personen, die in diesem Milieu als bedeutsam eingestuft werden, haben einen Nachhall. Dieser Nachhall reicht über die mit Worten gemeinte Sache hinaus; sie stiftet eine Beziehung zu allen, die schon einmal unzufrieden waren, zu allen, die einfache Lösungen oder auch nur kernige Aussagen lieben; in ihnen steckt die Mitteilung an „den einfachen Bürger“: „Ich sehe dich, ich bin an deiner Seite, ich kämpfe für dich!“, und es steckt die Aufforderung darin, mitzumachen, mitzukämpfen, endlich Taten folgen zu lassen, nachdem ja die Worte unmissverständlich ausgesprochen sind.

Achtung: Das ist nichts Neues, das stammt auch nicht von mir - das wird bei Teambildungen und Organisationsberatungen vermittelt - das ist das „4-Ohren-Prinzip“ nach Schulz von Thun: Jede Mitteilung kann auf 4 unterschiedliche Weisen gehört werden (Sachebene, Beziehungsebene, Selbstkundgabe, Aufforderung). Ein Demagoge muss nur im Rückschluss denken: Wenn mein Zuhörer diese „4 Ohren“ hat - wie muss ich dann formulieren, um ihn möglichst umfassend einzulullen, pardon: zu erreichen? Die Demagogen der AfD sind gut, das muss man ihnen lassen.

Nun also sind die Demagogen wieder da, die als biedermännische Brandstifter die Hände in Unschuld waschen, wenn andere das tun, zu was der Demagoge natürlich nie aufgerufen hat, auch wenn alle wussten, dass er genau das meint. Alle wussten es. Ein paar taten es. Alle

schauten weg. Und der Demagoge hält weiter Reden und beschuldigt weiterhin Andersdenkende, sie würden hinter allem stecken. So beginnt man Krawall und Bürgerkrieg, um die bestehende Ordnung komplett zu ändern, so heizt man eine Stimmung an, bis dann die Sinnbilder der Demokratie gestürmt und die Regierenden bedrängt, verletzt oder erschlagen werden. Ich bin sicher: Die heutigen Demagogen würden in ausgelassener Feierstimmung das Ganze live im Fernsehen verfolgen und nach den Unruhen vor die Kameras treten – entweder um sich an die Spitze der mutigen Revolutionäre zu stellen oder um den Chaoten-Mob anderen in die Schuhe zu schieben.

Ist das nicht genau die Situation, die uns die Urgroßvätergeneration beschrieb? Ist das nicht der Schlüssel zum Verständnis, wie die Nazis "damals" beginnen und groß werden konnten? Ist das nicht genau der gesellschaftliche Prozess, für den sich viele Alte im Nachhinein schämten und den ich in meinen jungen Jahren an ihrer Scham erspürte, aber nicht verstand? Wehe uns, wenn es so ist!

Denn heute schon sind wieder die unterwegs, die den Worten Taten folgen lassen: Sie prügeln auf Andersaussehende und Andersdenkende ein.\* Sie setzen Gasthäuser und Asylheime in Brand.\* Sie bedrohen Journalisten und Politiker.\* Sie schießen, sie erschießen Politiker.\* Und es sind noch nicht einmal Einzelfälle. Zum Beispiel Hanau: Ein „Verwirrter“ erschießt 11 Menschen in einem rassistischen Amoklauf. Ist er einfach verrückt? Das ist zu einfach gedacht, denn er beschreibt sein rassistisches Denken ausführlich – er ist wohl „wirr“, aber sieht sich zur Tat aufgefordert von all denen, die rassistisch-nationalistisches Denken verbreiten.

Aber die Demagogen reiben sich die Hände, haben nie "so etwas" gesagt. Das sei nur eine böse Unterstellung von denen, die die Wahrheit vertuschen wollen. Und sie verhöhnen öffentlich die Opfer, indem sie im Bundestag auf die Plätze von SPD, Grünen und Linke zeigen und ihnen vorwerfen, mit ihrer sozialistischen Politik den Boden für diese und andere Taten bereitet zu haben – wörtlich live übertragen: „Da sitzen die Faschisten!“ Das nennt man Heuchelei. Armselig. So, wie ich hier auch schon andere Heuchler armselig nannte. Nein, bis zum Hängen will ich den Vergleich nicht treiben – dann wäre ich kein Deut besser! (Ja, hier kippt Ironie in Demagogie ...)

Wie gut, dass wir Deutsche ein Volk penibler Buchhalter sind von Auschwitz bis heute: Es gibt keine Statistik, die wir noch nicht erfunden hätten und mit accuratesse ausfüllen!

Von daher wissen wir ja auch, dass es 15 % Eingewanderte bei uns gibt (Höcke: "In den westdeutschen Großstädten ist es mittlerweile so, dass wir Deutschen Minderheit im eigenen Land sind.") Wo in Kommunen eine sinnvolle Integrationspolitik betrieben wird, gibt es wenig Konflikte (Überraschung!), auch keine horrenden Kriminalitätsraten (größere Überraschung!), auch wenn die Anzahl der eingewanderten Personen im Einzelfall bei 25 % liegt. Themen der Migration werden ja nicht einfach von Merkel und Consorten erfunden und heruntergeleiert, sondern Bundesbehörden, Landesbehörden, EU-Einrichtungen, Universitäten und freie Organisationen wie die Bertelsmann-Stiftung erforschen die unterschiedlichen Aspekte regional, national und Europa-weit, entwickeln und erproben neue Ansätze der Arbeit und überprüfen und vergleichen die Ergebnisse der Pilotprojekte. Und erst, wenn etwas überzeugend funktioniert, wird es vielerorts dauerhaft durchgeführt. Das ist Wissenschaft und Forschung im Bereich sozialer Fragen und leider gibt es von Rechts nichts, was ansatzweise ähnlich wissenschaftlich sauber aufgebaut wäre. Wer dennoch unüberprüfte und teilweise unüberprüfbare Ideen als politische Konzepte verkauft, gilt mir deshalb als Laberschrat.

Nach dem 2. Weltkrieg (also bei zerstörter Infrastruktur, zerbombtem Wohnraum, desolater Wirtschaft und verkleinerter Fläche!) nahm allein Schleswig-Holstein ca 40 % Flüchtlinge, vertriebene "Volksdeutsche" und "Displaced Persons" auf und integrierte sie; Niedersachsen 30 %; Bayern 25 %. Bundesweit ging es um - nach vorsichtigen Schätzungen - rund 20 Millionen Menschen mit 20 Nationalitäten und 35 Sprachen, die von rund 50 Millionen Deutschen aufgenommen wurden. Bis 1961 wanderten aus der DDR nochmals ca 2,7 Millionen Menschen



zu. (Als Geschichtslehrer weiß das Höcke!) Will uns die AfD ernsthaft einreden, wir Deutsche seien solche Schisser geworden, dass wir uns eine viel kleinere Aufgabe bei florierender Wirtschaft, guter Infrastruktur und erfreulichem Wohlstand nicht zutrauen könnten? Lächerlich! Solche Pfeifen sind wir nicht! Und das halte ich denen als Deutscher mit Stolz entgegen! Was wollen die uns eigentlich einreden?

Die Migrations- und Integrationsforschung kennt inzwischen Möglichkeiten, wie Migranten in überschaubarer Zeit gut als produktive Kräfte in unsere Kultur und Gesellschaft integriert werden können - nur gibt es immer wieder Politiker, die lieber eigene Ideen umsetzen und zum Beispiel Sammellager\* installieren (Seehofer), die nicht richtig funktionieren, oder die ihnen monatelang das Arbeiten verbieten (während gerade Arbeit ein hervorragender Ansatz zur Integration ist). Konsequenz: Politiker sollten nüchternen Sozialwissenschaftlern die Richtung vorgeben und sie ihre Arbeit machen lassen, statt Unsinn zur ineffizienten Methode auf Steuerzahlers Kosten zu erheben.

Und der Weg der AfD, alle sozialwissenschaftlichen Ansätze generell als "Asyindustrie"\* abzuschaffen, ist keine Lösung, sondern verstärkt genau das Problem, das sie dann auf ihre Weise lösen wollen (Wahlprogramm AfD Thüringen). Ungleichheit verstärken. Spaltung vorantreiben. Genau das ist ja die Methode: Die Probleme zielstrebig so zu eskalieren, dass zum Schluss alle den rechten „Problemlösern“ zujubeln: Machtergreifung durch Tautologie – ja, „mit den Dummen treibt man die Welt um“ und stellt Deutschland auf den Kopf.

Ich saß vor einiger Zeit bei einer Veranstaltung in Schwäbisch Gmünd an einem Tisch mit etwa acht Personen. Völlig unkorrekt beschreibe ich eine kurze Episode: Ein türkisch aussehender Mann sagte zu einem slawisch aussehenden Mann in breitestem Schwäbisch (meint: nördlich des Mains hätte man es auch für Paschtu halten können): "Wir zwei haben doch schon im Kindergarten miteinander gespielt - heute bist du Abteilungsleiter und ich bei der Polizei: Warum sollen wir denn immer noch über Integration nachdenken und wie wir uns – als Deutsche mit Migrationshintergrund - besser integrieren können? Das ist doch Blödsinn!" Recht hat er: Wenn Integrierte nicht mehr kapieren, was das Problem sein soll, ist Integration gelungen.

In unserem Bekanntenkreis gibt es Viele mit Migrationshintergrund, z.B. HandwerkerInnen, PolizistInnen, GewerkschafterInnen, HausmanagerInnen im kommunalen Häusern, SozialpädagogInnen bei verschiedenen Trägern und Behörden, WirtschaftsmathematikerIn bei Unternehmensberatung, usw. - sie sprechen Schwäbisch, können Deutsch, haben weitere Sprachen erlernt, zahlen Steuern an unser Finanzamt und Anteile für die Rente unserer RentnerInnen. Stelle Dir Deutschland vor, wenn die alle weg sind einschließlich der Asylanten und Flüchtlinge! Stelle Dir vor, wieviel mehr Arbeit auf Dich zukäme, nur um "den Laden am Laufen" zu halten! Der Vorteil: Es gäbe viel Platz, der Wert von Immobilien halbiert sich - da würde Deine Miete sinken! Stelle Dir "rein deutsche" Supermärkte vor: ohne Döner und Cevapcici, ohne Spaghetti und Pizza, ohne Lambrusco und Rioja, ohne Avocado und Banane, ohne Sushi und Olivenöl, ohne Frischobst im Winter, ... - da ist dann wieder viel Platz für Apfel, Kraut und Spätzle! Ja, ich überzeichne mit Ironie, aber so könnte es aussehen, wenn Du es ernst meinst mit "Deutschland dem Deutschen"! Dass sich Deutsche global durchfressen, aber die Grenzen dicht machen, geht nicht. Das wäre Wirtschafts-Kolonialismus. Das wäre kriminell.

Ein gutes Stichwort, das von den Rechten auch oft eingebracht wird: Kriminalität! Sie wird vorwiegend Flüchtlingen und Asylanten, im erweiterten Sinne Menschen mit Migrationshintergrund zugeschrieben - vermutlich halt nicht gerade unseren Bekannten (s.o.), die als voll Integrierte sozial unauffällig ihrer qualifizierten Fach-Arbeit nachgehen. Aber unsere Bekannten haben allmählich Angst, wenn ihnen Menschen entgegenkommen, die im Erscheinungsbild an Neonazis erinnern – das soziale und „racial profiling“ findet im Kopf statt; unsere Bekannten - alle mit deutschem Pass - haben Angst, von diesen Deutschen angepöbelt, angerempelt, weggeschoben, angegangen, bedroht oder gar verletzt\* zu werden. Und sie haben damit leider recht: Das kommt häufig vor, immer häufiger!

Diese Formen der Kriminalität werden als "politisch motivierte Kriminalität" (PMK) bezeichnet und vom Bundesinnenministerium jährlich veröffentlicht. Wenn wir Deutsche schon penible Buchhalter sind, dann umso mehr das Ministerium des Inneren und der Heimat.

Insgesamt wurden 2018 im Bereich der PMK rund 36 000 Fälle festgestellt. Rund 3000 Fälle werden ausländischer oder religiöser Ideologie zugeordnet (also z.B. Islamisten). Es entfielen auf die extrem Linken knapp 8000 Fälle (-18 % zu 2017). Den extrem Rechten wurden über 20 000 Fälle zur Last gelegt. Natürlich sind das Zahlen mit unterschiedlichem Schweregrad: der Mord in Kassel ist 1 Fall, der Überfall auf eine Synagoge ist 1 Fall, die Brandstiftung in einem Gasthaus ist 1 Fall, eine Remperei mit Körperverletzung ist 1 Fall. Diese Statistik addiert nüchtern Fälle. Als Untergruppen weist sie für fremdenfeindliche Straftaten eine Zunahme von knapp 20 % aus, für antisemitische Straftaten ebenfalls eine Zunahme von knapp 20 %. Diese Zahlen sagen eindeutig, wo wir ansetzen müssen, wenn wir Deutschland sicherer machen wollen: Die Rechten sind das Problem, als dessen Lösung sie sich darstellen! Und ganz sicher werden sich diese Zahlen in wenigen Jahren ändern, denn die Gewalt von Rechts provoziert die Gegenbewegung von Links, was die Rechten dann als Argument nutzen werden, um es den Linken – verstärkt durch Dachlatten, Baseballschläger, etc – um die Ohren zu hauen.

Aber die Braunen und Braungesprenkelten machen es sich leicht, wenn sie ausgerechnet dem stockkonservativen Merkel-Gegner Seehofer, unserem Innen- und Heimatminister unterstellen, er würde die Zahlen verdrehen und die Wahrheit vertuschen: Seehofer würde nichts lieber als der Merkel nachweisen, was ihre Flüchtlingspolitik Schreckliches bewirkt hat – aber die Zahlen belegen das Gegenteil, die Kriminellen sind andere.

Natürlich interessieren auch die Zahlen zu Gewaltdelikten - also den Themenbereichen, die auch oft aufgegriffen werden: Mord und Totschlag, sexuelle Straftaten. Das Bundeskriminalamt veröffentlicht jährliche Statistiken, die von Rechts teilweise völlig in Frage gestellt werden. Das kann man einfachen Leuten vormachen, denn die Flut der öffentlich bereitgestellten Informationen ist erschlagend: Jährlich Tausende von Seiten mit Zahlen, Schaubildern, Themenbereichen, Erläuterungen, Hinweisen zur Darstellung, Erklärungen zu Dunkelziffern, ... und das alles in einer Sprache, der man den akademischen Ursprung anmerkt. Wer dieses jährlich veröffentlichte Buch als fragwürdig ansieht, sollte es zumindest überflogen haben.

Zurück gehen diese Zahlen auf eine entscheidende Frage: Was wird der Polizei angezeigt? Jede Anzeige taucht irgendwo auf diesen Seiten wieder auf. Was nicht angezeigt wird, taucht nicht auf, wird aber in Überlegungen zur Dunkelziffer auf Basis sozialwissenschaftlicher Statistikrechnung und Feldforschung einbezogen. Und: Hier werden Anzeigen und Tatverdächtige addiert - manchmal wird ja eine Tat von Mehreren begangen. All diese Zahlen werden nach Jahrgängen sortiert in Kategorien (mit Unterkategorien) bundesweit dargestellt und nach Bundesländern und nach Größe der Städte und nach Tatverdächtigen / Opfern und nach männlich / weiblich und nach deutsch / nichtdeutsch und nach Nationalität der Tatverdächtigen und ...

Also erstes Fazit: Es gibt keine genaueren und umfassenderen Zahlen. Wer behauptet, genauere Zahlen zu haben, ist ein Lügner.

Worüber man sich streiten kann, ist die Frage, ob alle Einteilungen richtig und sinnvoll sind oder auch die Frage, ob die sozialwissenschaftlichen Begriffsbestimmungen zutreffen (z.B. ab der wievielten Generation ein Migrationshintergrund "verschwindet"). Darüber wird immer wieder fachlich diskutiert. 2018 wurden verschiedene Unterthemen eingeführt oder neu definiert. Ab 2017 wurde ein ganzer Themenbereich neu erfasst: Hasskriminalität. Diese Veränderungen und die Gründe, die dazu führten, werden jeweils ausführlich dargestellt, damit LeserInnen wissen, wo warum wie welche Zahlen jetzt zu finden sind - eine bei statistischen Verfahren normale und wissenschaftlich korrekte Vorgehensweise. Wer also wissenschaftliches Arbeiten gewohnt ist, kennt das, praktiziert das in seinem eigenen Bereich auch und sieht darin ein

richtiges und korrektes Vorgehen; wer etwas daran auszusetzen hat, muss also im Gegenzug darstellen, wie er – und mit welchen Argumenten - zu einer besseren Vorgehensweise kommt.

Also zweites Fazit: Diese Zahlen werden wissenschaftlich korrekt dargestellt und die Darstellung unterliegt einem nachvollziehbarem, wissenschaftlichem Diskurs zur Fortentwicklung.

Diese Statistiken dienen auch dazu, Entwicklungen zu erkennen und sinnvolle Maßnahmen gegen Kriminalität zu ergreifen: Wenn ich sehe, dass in einem Bereich viele Straftaten von bestimmten Gruppen von Tatverdächtigen begangen werden, muss ich mir genau diese Gruppen "vorknöpfen", um die Straftaten zu verhindern - logisch. Will die Polizei Rasen auf der Autobahn eindämmen, sollte sie nicht in der City tattrige Senioren ansprechen: „Fahrzeugkontrolle – Ausweis und Rollatorschein bitte!“

Wenn ich feststelle, dass bestimmte Straftaten in einer großen Stadt deutlich zurückgehen, muss ich schauen, was die dort anders machen, um davon zu lernen – auch logisch. Wenn ich also weiter oben zitiert habe, dass fast 60 % der politisch motivierten Straftaten von Rechten ausgehen, ist es logisch, dass man darauf einwirken muss, wenn man Deutschland sicherer machen will; sofern das das Ziel ist - wer aber den Boden für eine rechte Saat, für Krawall und Verfolgung und Bürgerkrieg, bereiten will, wird diese Zahlen leugnen und vertuschen. Oder verharmlosen, so wie Gauland die Morde in Hanau verharmlost, wenn er sie in einem Interview schlimme Verbrechen ohne jeden politischen Bezug nennt: Der Täter selbst straft Gauland Lügen!

Dazu ein Beispiel: Ich nehme aus der Kriminalitätsstatistik die Herstellung und Verbreitung von Kinderpornos - das ist ein besonders scheußlicher Verstoß gegen das Sexualstrafrecht, weil damit meist auch Missbrauch und Traumatisierung der Schwächsten verbunden sind. In 2018 wurden 6547 Tatverdächtige angezeigt. Davon waren 774 Nicht-Deutsch, von denen aber 762 erlaubt in Deutschland waren, und der Rest hielt sich völlig unerlaubt in Deutschland auf, hatte sich quasi bei uns eingeschlichen - grauenhaft: Die kommen in unser Land und verüben Verbrechen an hilflosen, deutschen Kindern! Und die Opfer leiden ein Leben lang an ihrem Trauma! Hätte man solche nicht gleich an der Grenze abfangen können bevor sie unsere Kinder missbrauchen? Sollten wir unsere Kinder nicht besser schützen und lieber gleich alle nicht-deutschen Unmenschen (nein: "Tatverdächtige") rausschmeissen?

Aber genau so wie in den letzten 6 Zeilen argumentiert statistische Augenwischerei: Aufgeregte Schockmeldung, bei der „der gesunde Menschenverstand“ nur noch nickt. Dabei beziehen sich diese Zeilen auf genau 12 Tatverdächtige (= ca 0,2 %), die sich unerlaubt aufhielten (während der „gesunde Menschenverstand“ entsetzt auf die größte Zahl schaut). Und überhaupt: Es schützt doch nicht unsere Kinder nachhaltig, wenn ich rassistisch über 11,8 % (= 774) der Tatverdächtigen lamentiere, während ich 5773 Deutsche weitermachen lasse, statt ihnen die Schwänze abzuschneiden!

Also drittes Fazit: Wenn ich in der Sprache des Demagogen geschickt mit vielen unübersichtlichen Zahlen umgehen kann, kann ich das Augenmerk der meisten vom Wichtigsten ablenken.

Sehen wir uns also mit diesen drei Überlegungen noch weitere Fakten an. „Mord und Totschlag“: 2 835 angezeigte Fälle (versucht + vollendet) mit 699 Getöteten (überwiegend männlich). Zuerst aufatmen: in über 2100 Fällen blieb es beim Versuch. Von den 2 835 Fällen wurden rund 1 200 von nicht-deutschen Tatverdächtigen begangen, also rund 40 % - gemessen an der Bevölkerungszahl ist das deutlich überhöht, also muss man genauer hinschauen: Die Tatverdächtigen hielten sich fast alle erlaubt in Deutschland auf. Allerdings wurden von den rund 1200 Taten „nur“ 500 von Asylanten, Flüchtlingen und Geduldeten begangen, dagegen 691 von „Sonstigen“, die sich erlaubt in Deutschland aufhielten (nicht-deutsche ArbeitnehmerInnen, Gewerbetreibende, TouristInnen, RentnerInnen, StudentInnen und SchülerInnen). Der

prozentuale Altersschwerpunkt der Tatverdächtigen lag zwischen 25 und 60 Jahren, sie waren also keine „jungen Gewalttäter“, sondern in mittlerem Alter.

Feststellen kann man mit diesen Zahlen: Die manchmal behauptete „auffällige Kriminalität“ von Asylanten, Flüchtlingen, Geduldeten oder unerlaubt Eingereisten liegt hinter der von anderen Tatverdächtigen-Gruppen (Personen, die für uns arbeiten oder hier reisen), die dazu teilweise aus EU-Staaten und der Türkei kommen und sich frei bewegen dürfen. Das Bild von den „jugendlichen, ausländischen Gewalttätern“ stimmt auch nicht – die meisten Tatverdächtigen sind ja über 25 Jahre alt.

Ein anderer Themenbereich wird ebenfalls oft von Rechten argumentativ genutzt: Es gab rund 45 000 Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, davon wurde rund ein Drittel von nicht-deutschen Tatverdächtigen begangen (die sich fast alle - über 98 % - legal in Deutschland aufhielten). Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung reichen vom Hinterngrabschen bei Bedienungen auf dem Oktoberfest bis zu Vergewaltigungen mit vorgehaltener Schusswaffe - es ist ein Oberbegriff, der in den Statistiken des Bundeskriminalamtes weiter untergliedert wird; als Beispiel genügt hier jedoch die Gesamtzahl.

Wenn ein Drittel - genau: 13 377 - nicht-deutsche Tatverdächtige genannt werden, ist das ein hoher Anteil. Natürlich fällt mir da gleich der „lebensbejahende afrikanische Ausbreitungstyp“ (nach Höcke) ein, der sich wohl bei uns Asyl oder Duldung erschleicht, um sich über deutsche Frauen herzumachen. Ich lese also nach, wieviele Tatverdächtige aus diesem Drittel (den 13 377 nicht-deutschen Tatverdächtigen) tatsächlich Asylbewerber oder Geduldete sind: 35 % (rund 4700). Den größten Anteil stellen mit 58 % (also knapp 9000) wiederum sonstige Tatverdächtige mit erlaubtem Aufenthalt; das wird im Bericht aufgezählt: nicht-deutsche ArbeitnehmerInnen, Gewerbetreibende, TouristInnen, RentnerInnen, StudentInnen, SchülerInnen.

Wie können wir deutsche Frauen besser schützen? Das ist die Frage, die sich Sozialwissenschaftler, Kriminologen und Politiker stellen, und dazu gibt es also auf der Basis der genannten Zahlen drei Ansätze:

- Man schaut zuerst, ob man an der größten Zahl etwas verändern kann: Über 30 000 Tatverdächtige sind Deutsche. Also könnte man über erzieherische Präventiv-Programme auf Deutsche einwirken bzw. Frauen in der Abwehr solcher Handlungen stärken. Beides geschieht.
- Man kann dann nach der zweitgrößten Zahl schauen: das sind Nicht-Deutsche, die sich aus unterschiedlichen Gründen in Deutschland aufhalten. Immerhin geht es dabei um rund 9 000 Tatverdächtige. Über (notwendige) Aktivitäten in diesem Bereich habe ich keine Informationen.
- Über die nächste Zahl (rund 4700) sagen die Nationalitäten der Tatverdächtigen etwas aus: Syrien, Afghanistan, Türkei (jeweils mit 10-12 % der Tatverdächtigen), gefolgt von (mit je 4-6 %) Rumänien, Irak, Bulgarien, Polen. Das sind Länder, in denen sich das Verhältnis Mann-Frau erheblich von unserer Kultur unterscheidet. Also müssen bei verpflichtenden Deutsch-Kursen viel stärker als bisher kulturelle Unterschiede an diesem Punkt zum Thema werden. Das wird inzwischen bundesweit empfohlen.
- Zuletzt: Die oft von Rechten eingebrachten Nordafrikaner - auch wenn sie in jener Kölner Sylvesternacht erschreckend auffielen - treten in der Statistik der Herkunftsländer zahlenmäßig unter „Sonstige“ auf (ca 1 %). Hier einen Schwerpunkt zu setzen wäre Verschwendung von Steuermitteln und hat so gut wie keinen Einfluss auf die Statistik: reiner Aktionismus und Augenwischerei.

Statt nüchtern sinnvolle Schritte zu prüfen, schüren Rechte eine diffuse Angst, die sie in bestimmten Gruppen bereits als Fremdenfeindlichkeit vorfinden und verstärken. Dabei nutzen sie altbekannte Methoden von Agitprop und Desinformation, die weder den Opfern helfen, noch weitere Opfer schützen: Das aber ist mir das Wichtige! Aber sie heizen fremdenfeindliche Stimmung an, durchmischt mit Verschwörungsideen. Dafür sind wir alle anfällig: Eine interna-

tionale Studie zeigte 2019, dass statistische Zahlen überall von BürgerInnen falsch eingeschätzt werden. Deutsche schätzen, dass 30 % Eingewanderte (statt 15 %) bei uns leben und ca 20 % Muslime (statt 4 %). Deutsche meinen, jeder 5. sei arbeitslos, dabei war es jeder 20., und wir seien in der Weltwirtschaft (nach dem Bruttoinlandsprodukt) auf Platz 9, dabei waren wir auf Platz 4. Das ist menschlich und überhaupt nicht schlimm, solange man sich belehren lässt - schlimm sind die Unbelehrbaren und die, die vorschnell mit falschen Eindrücken ohne durchdachten Plan in Aktionismus verfallen.

Ein gutes Beispiel ist der Fall Lisa von 2016, der europaweit durch die Presse ging und zu diplomatischen Spannungen zwischen Deutschland und Russland führte. Dass die deutschen Ermittlungsbehörden nur wenig sagen durften, weil sie durch das Gesetz verpflichtet waren, die Persönlichkeitsrechte einer erst 13-Jährigen besonders zu schützen, wurde damals als staatliche Vertuschungs-Verschwörung ausgelegt - vermutlich von genau den fremdgesteuerten Verschwörern, die in verschiedenen Städten Demonstrationen für Lisa\* und gegen Südländer\* (die Tatverdächtigen) initiierten. Sogar Putin schaltete sich ein und zeigte sich besorgt über das anhaltende Unrecht, das diesem Mädchen mit russischen Wurzeln widerfuhr.

Nach nun vier Jahren stellt sich der Fall anders dar. Das Mädchen, das verschiedene Versionen seiner Geschichte erzählte und bei dem medizinische Untersuchungen keine Spuren einer Vergewaltigung ergaben, hatte die Nacht bei Freunden zugebracht, weil sie sich wegen schlechter Noten nicht nach Hause traute; dort erzählte sie dann die erste Version der Geschichte, weshalb die Polizei eingeschaltet wurde. Die Ermittlungen ergaben zwar Straftaten, jedoch nicht die, um die es zunächst ging. Wikipedia - siehe Anhang - stellt die Geschichte dar, in gleicher Weise auch andere Seiten im Internet, die sich seit entsprechenden Vorkommnissen bei der Trump-Wahl, beim Brexit-Entscheid und bei weiteren Skandalen und Wahlen mit gezielter Falsch-Berichterstattung beschäftigen. Dazu zählen auch die Desinformations-Kampagnen aus dem Kreml, unter die Putins Stellungnahme zum Fall Lisa fallen könnte.

In den ersten Jahren galt das Internet als hervorragende Informationsquelle mit erheblichem Wahrheitsgehalt. Inzwischen darf hinter jede Nachricht und jedes Video ein Fragezeichen gesetzt werden, sofern die Mitteilung nicht über weitere Kanäle bestätigt wird. Am vertrauenswürdigsten erscheinen mir aktuell die sozialen Medien: Wenn Dutzende Menschen aus unterschiedlichen Perspektiven in einem kurzen Zeitraum dasselbe Ereignis berichten oder filmen, wirkt das auf mich authentisch. Für alles andere gilt vielleicht heute schon: Glaube nur, was du mit eigenen Augen gesehen und geprüft hast. Oder was über Kanäle kommt, die überprüfbar seit Jahrzehnten für seriösen Journalismus stehen (irre: die unüberschaubare Pluralität im Internet führt so zur Verengung auf wenige, bekannt-seriöse Kanäle).

Ich will damit kulturelle Probleme nicht kleinreden! Sie treten überall auf und gehören zum menschlichen Zusammenleben. Deshalb wird an vielen Hochschulen Interkulturelle Pädagogik als eigenes Fach unterrichtet.

Margret Mead hat nach dem zweiten Weltkrieg ein Phänomen in Großbritannien erforscht: Da entstanden Liebesbeziehungen zwischen amerikanischen GIs und britischen Frauen. Entweder endeten die Beziehungen nach kurzer Zeit vor dem Traualtar oder mit einer Ohrfeige: Das hatte mit dem Kuss zu tun!

Für GIs war Küssen eine liebevolle Geste der Zuwendung und gehörte zu jedem Flirt. Aber für britische Frauen jener Jahre war der Kuss etwas ganz Besonderes und dem Partner vorbehalten, dem sie sich hingeben und den sie heiraten wollten. Was geschah? Nach einem schönen Kino-Abend brachte der GI seine britische Freundin nach Hause und wollte sich mit zarten Küssen verabschieden. Entweder erlebte die Frau das als unverschämte Belästigung und scheuerte ihm eine. Oder sie war nach kurzem Zögern einverstanden und übersprang einige Stufen im ritualisierten Ablauf, den sie kannte - damit war auch klar, dass sie ein volles "Ja" zu ihm sagte, sich ihm jetzt oder bald hingab und ihn heiraten wollte.

Ich erzähle dies, damit deutlich wird, an welchen subtilen Kleinigkeiten sich Kulturen unterscheiden sogar bei befreundeten Nationen, die die gleiche Sprache sprechen. Mir selbst wurde deutlich, wie unterschiedlich sich der Blickkontakt gestaltet, als ich oft mit Spaniern zusammen war: Spanier gucken anders als Deutsche! Und sie interpretieren mein aufmerksames Schauen als aggressiv, einschüchternd oder gar drohend. Um wieviel mehr unterscheidet sich unsere Kultur von jenen an Hindukusch, in Arabien, in Nordafrika, in ... . Ich habe in den letzten Berufsjahren immer wieder mit jugendlichen Flüchtlingen zu tun gehabt: Die meisten waren gut erzogen und wollten unter anderem auch wissen, wie man in Deutschland mit Respekt mit Frauen umgeht, sei es bei der Arbeit, sei es, wenn man eine zu einem Kaffee einladen möchte. Die meisten wollen also lernen - nicht nur die Sprache, nicht nur einen Beruf, sondern auch die Kultur. Und weil Menschen - auch wir Deutsche - lernfähig sind, sollten wir das ernstnehmen und ihnen dabei helfen.

Und wenn es Einzelne gibt, die unsere Kultur weder lernen noch leben wollen, die immer wieder auffallen, vielleicht sogar öfter straffällig werden?

Da vertrete ich eine andere Einstellung als viele, die im Sozialen tätig sind. Ich weiß, dass in fast allen Herkunftsländern von Asylanten und Flüchtlingen das Wort "Gastfreundschaft" eine hohe Bedeutung hat - sie wissen alle, wie man sich als Gäste zu verhalten hat, sie wissen alle, dass man Gastfreundschaft nicht ausnutzen darf. Das gilt für den Flüchtling, der seit wenigen Wochen hier ist, ebenso wie für das Mitglied eines arabischen Klans, der seit Jahrzehnten in Deutschland lebt: Wer sich als Gast nicht zu benehmen weiß, wer ständig auffällt und öfter straffällig wird, darf keinen Tag länger bei uns bleiben, vor allem, wenn er Gewaltdelikte auf dem "Kerbholz" hat. Dann ist es mir auch egal, ob sein Herkunftsland als unsicher gilt: Er hat hier gezeigt, mit welchen Methoden er sich durchs Leben schlagen kann und wird dort schon zurechtkommen. Da sage ich plump provozierend: Bringt ihn sofort nach Hause, egal wo es ist, und wenn das Flugzeug nicht landen kann, werft ihn mit einem Fallschirm ab!

Als Gastgeber nehme ich mir das Recht heraus, Gäste, die sich nicht benehmen können, zum Schutz meines Hauses hinauszuerwerfen und mich nicht mehr um sie zu kümmern. Wer mir darin zustimmt, sollte sich diese Textpassage gut merken! Aber ich sage auch: Das betrifft handverlesene Einzelfälle. Weil sich einzelne Deutsche auf Mallorca nicht benehmen können, wird die Insel ja nicht für alle Deutschen gesperrt!

Auch wir - mit unserer Mentalität, unseren Sitten, unserer Kultur - machen es anderen, auch Nachbarländern, nicht einfach. Vor der Wiedervereinigung wurde ein italienischer Politiker (ich weiß nicht mehr, wer) zitiert mit der Aussage, er möge Deutschland so sehr, dass er gerne zwei behalten möchte. Von daher würde es auch lohnen, einen intensiveren Blick auf ein Volk zu werfen, das von Rechts gerne als etwas Besonderes dargestellt wird - zurück bis zu Hitler, der in den nordischen Ariern eine Herrenrasse sah. Dabei war vor dieser Zeit klar, dass Arier ein Sprach- und Volksbereich im Iran waren (viele Flüchtlinge sind also Arier) und heute legen indische Nationalisten Belege vor, wonach Arier von dort stammen und erst später in den Iran kamen. Erst zu Hitlers Zeit setzte sich durch, die Arier seien eine nordische, blond-blauäugige Rasse - blauäugig war das schon.

Unbestreitbar ist auch, dass über den Bereich des heutigen Deutschland jahrhundertlang Armeen in alle möglichen Richtungen zogen, kämpfend, brandschatzend und vergewaltigend. Und bei jedem dieser Züge blieben immer etliche "hängen", die nicht mehr mit in die ursprüngliche Heimat zogen. So kamen Franzosen öfters hier durch, Österreich-Ungarn kam aus dem Süden, schwedische Armeen zogen bis zum Bodensee - und weiter zurück Römer, Kelten, Goten, Hunnen, Vandalen, ... , dazu kamen Kulturveränderer (z.B. das Christentum vom Süden her), Flüchtlinge (z.B. Hugenotten aus Frankreich), angeworbene Volksgruppen (z.B. als Arbeiter ins Ruhrgebiet): Durchgangsland mit Mischbevölkerung. "Bunt" ist die Farbe Deutschlands nicht erst seit 30 Jahren!

Migration ist eine Konstante in der Weltgeschichte und in der Geschichte Europas, sagen die meisten Historiker. Und wie mir scheint, ängstigt das nur die Rechten. Aber Abschottung ist keine Lösung: Sie hält nicht dauerhaft und sie bringt mehr Probleme mit sich als sie löst. Auch das ist eine geschichtliche Konstante.

Ähnlich unseriös ist die Meinungsmache gegenüber anderen Themen: AfD und Glaubensgenossen sind grundsätzlich „gegen“ und die Argumente z.B. zu Energie und Klimawandel sind alle schon bekannt, denn sie wurden in Diskussionen bereits ausgetauscht, die teilweise vor 20 Jahren geführt wurden. Nun tauchen sie wieder auf als wären sie neu:

- So wird die Rückkehr zu Kohle-, Gas- und Atomkraftwerken mindestens für die nächsten Jahrzehnte als saubere Energiegewinnung gefordert. Dabei bleiben sie – wie alle Befürworter dieser Energien früher – die Antworten auf dringende Fragen schuldig.
- Was passiert, wenn in 50 Jahren keine Kohle, kein Öl und kein Gas mehr da ist? Und darin sind sich die Experten – Kritiker bis hin zu Ölfirmen – einig: die Vorkommen sind begrenzt und dank unserer modernen Technik haben wir die meisten gefunden und einberechnet, einschließlich dem umstrittenen Fracking. Oder: Wohin mit dem Atom- müll? Hochgefährlich ist das Zeug noch in Zehntausenden von Jahren und es gibt noch nicht 1 halbwegs sicheres Endlager. Meinen Müll darf ich ja auch nicht einfach in Nachbars Garten werfen – ebensowenig der nächsten Generation.
- Oder sie streiten kategorisch den menschen-verursachten Klimawandel ab: Die Klima- veränderung habe wenig oder nichts mit dem Menschen zu tun. Dabei sind sich fast alle Experten dieser Welt einig, dass der Mensch viel zum Klimawandel beiträgt (und von den anderen Experten weiß man nicht, wer sie bezahlt). Sie streiten sich nur darüber, wieviel – das ist schwierig, denn eine Ursache bei uns hier hat irgendwo global eine Auswirkung: Ursache und Wirkung liegen teilweise weit auseinander. Und vieles hat mit dem Menschen zu tun: Seit FCKW verboten ist, wird das Ozonloch kleiner. Je mehr CO<sub>2</sub> der Mensch produziert, umso mehr steigt die Temperatur an – nachweisbar seit über 100 Jahren und schneller als je zuvor.
- Die Geschwindigkeit, mit der ein natürlicher Klimawandel erfolgt, kann man an der Botanik ablesen: Die meisten Baumarten haben schon Dutzende von Klimaänderung mitgemacht, sind verschwunden und wieder gekommen. Ihre Ausbreitungs-Geschwindigkeit hat damit zu tun, wie weit die Samen ihrer Früchte kommen können. Das sind unter günstigen Voraussetzung 2 Kilometer in 10 Jahren. Aber das Klima hat sich so schnell verändert, dass wir mediterrane Bäume auf der Schwäbischen Alb im Garten pflanzen konnten – und sie gedeihen und fühlen sich „pudeleswohl“.
- Die AfDler aber locken mit einfachen Parolen: Wir senken die Mieten, denn wir schaffen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Energie-Einspar-Verordnung ab! Damit wird Bauen billiger und die Mieten auch! Da wird mit Zuckerstücken gelockt, während man das Kind mit dem Bade ausschüttet: Richtig ist, dass z.B. die EnEV schrittweise mehr Wärmedämmung fordert, teilweise so viel, dass Fachleute (Professoren) ihren Studenten vorrechnen, wie jeder weitere Effekt gegen Null geht, auch wenn er immer größere Unsummen verschlingt. Also geht es darum, diese Gesetze dem heutigen Wissensstand anzupassen statt sie abzuschaffen.
- Oder sie behaupten, Technik und Fortschritt müssten wie früher auf marktwirtschaftlicher Basis erfolgen. Hört sich gut an, stimmt aber nicht. Der Hauptteil unserer alltäglichen Technik existiert nur durch Subventionen und staatliche Eingriffe: Hitler förderte den „Volkswagen“ und fuhr selbst einen Mercedes-Benz 770 K, mit Steuermitteln entstanden unsere Strom-, Telefon- und Bahnnetze, Rundfunk und Fernsehen leben dank Staatsgebühren, Auto-Hersteller bekamen in schlechten Zeiten staatliche Unterstützung (Opel!), Bergbau und Kohle hingen jahrzehntelang „am Tropf“, querebet die Stromerzeuger für Investitionen und Steuermittel für Forschung, Bau, Rückbau und Müllentsorgung der Atomkraftwerke, ... - die AfD- Behauptung kann doch keiner, der älter als 20 Jahre ist, ernstnehmen, oder?

- Kein Wort über eine schützenswerte Natur oder nach Albert Schweitzer „Ehrfurcht vor dem Leben“. Hunderte von Tierarten hat der Mensch höchstpersönlich ausgerottet, drei Viertel Insekten gibt es in Deutschland seit 1990 weniger (gemessen in Naturschutzgebieten über 20 Jahre hinweg!), Bienen sterben (in Japan bestäubt man Obstplantagen mit Pinseln), „Problem“-Wölfe und –Bären werden abgeschossen, sinnvolle Artenschutzkonzepte afrikanischer Staaten werden kolonialistisch boykottiert (manche Länder dort haben 40 % ihrer Fläche unter Naturschutz gestellt – armes Deutschland!), über brennende Urwälder in Sibirien, Australien und Brasilien regen sich alle im urwaldfreien Deutschland auf, ... . Aber kein Wort der AfD über den schlimmsten Parasiten der Erde: den Menschen.

Wer so gegen jede wissenschaftliche Erkenntnis argumentiert, kann auch gleich noch an anderer Stelle sparen: Alle Hochschulen und Universitäten schließen, alle Forschungseinrichtungen und Institute schließen, alle Forschung, Wissenschaft und Bildung streichen – da kommt ja doch nur Blödsinn heraus, den man mit ein bisschen „braunem Menschenverstand“ widerlegen kann! Ja, Entschuldigung, ich werde zynisch: Mit riesigem Einsparpotential wäre das dann die Umsetzung von dem, was man den Ideen heute schon anmerkt: Volksverdummung.

Also: Ohne eine sinnvolle, nüchterne Wissensbasis wird Alles nichts. Eine Politik, die nicht von Wissen geleitet ist, ruiniert, was wir und die Generationen vor uns in Deutschland aufgebaut haben: Das wurde von Denkern und Tüftlern aufgebaut, die immer vorhandenes Wissen genutzt haben. Und: Sie wollten die Welt einen verantwortungsvollen Schritt in eine bessere Zukunft bringen.

„Verantwortung“ – das ist ein Wert, den ich mir in der Politik wünsche, weil ich selbst versuche, Verantwortung zu leben. Werte sind der Maßstab, an dem sich Wissen und Politik und jedes Handeln messen lassen müssen, Werte gelten für mich und über mich hinaus. Und da sage ich ganz klar: Angemessene Lösungen gibt es nur auf Basis der Werte des christlichen Abendlands - altmodische Formulierung, aber treffend.

Da gilt die Sorge für den anderen - altmodisch: Nächstenliebe - und wir alle nicken, wenn wir dazu eine Geschichte aus unseren Kindertagen hören: Der barmherzige Samariter. Die hohen, angesehenen Herren der Gesellschaft, die passionierten Redenschwinger vor dem Volke, gehen an dem Verletzten vorbei, aber einer aus einem berüchtigten Viertel (heute könnten wir uns einen Flüchtling oder Asylanten denken) tut das einzig Sinnvolle: Er hilft. Ja, solche Überraschungen gibt es auch heute noch, Überraschungen, die auch beschämen.

Wer, wie der abgewählte italienische Innenminister Salvini (ein Rechtspopulist), Flüchtlinge im Mittelmeer ersaufen\* lässt, übersieht, dass damit die Werte unserer Kultur auch absaufen - nicht die Flüchtlinge, die zu uns kommen, zerstören unsere Kultur, sondern jeder, den wir mit Gewalt daran hindern. Wenn wir - siehe das Gleichnis - an Hilflosen vorbeigehen, ist unsere Kultur bereits am Ende und nichts Erhaltenswertes mehr. Und die heutigen Rechten rufen dazu auf, Hilflose zu verachten und sie wegzuschaffen (vgl. die AfD-Beschlussanträge in Landesregierungen). Die Rechten sind in Wahrheit das Ende unserer Kultur. Und sie waren es schon einmal.

Auch da stehe ich, der linke Intellektuelle, fest auf dem ur-konservativen Boden des christlichen Glaubens: Mir ist in den letzten Jahren wichtig geworden, was im Jeremia Kap. 7 steht: *„Denn nur wenn ihr eure Wege und eure Taten wirklich gut macht, wenn ihr wirklich Recht übt untereinander, den Fremden, die Waise und die Witwe nicht unterdrückt, kein unschuldiges Blut an diesem Ort vergießt und nicht anderen Göttern nachlauft zu eurem Unheil, dann will ich euch an diesem Ort, in dem Land, das ich euren Vätern gegeben habe, wohnen lassen von Ewigkeit zu Ewigkeit.“* Das ist die Prophezeiung, die Jeremia dem Volk Israel mitteilte, wenige Jahre, bevor es von Babylon ausgelöscht wurde.

In diesen Versen, die ein klares „Wenn-Dann“ formulieren, verstehe ich immer mehr eine tiefe Wahrheit, die nicht nur jenem Volk Israel in grauer Vorzeit galt. Wo man schon untereinander



– also auf Augenhöhe – Unrecht übt, da geht es den Schwachen in der Gesellschaft besonders schlecht. Dazu gehören auch die Fremden, die Gastfreundschaft erhoffen und erwarten dürfen, wie – so die Aussage der Bibel an anderer Stelle – das Volk immer Gast im Land des Herrn ist, denn dieses Land (und die Erde insgesamt) wird niemals Eigentum von Menschen und erinnert immer daran, wem es wirklich gehört: Wir sind alle Gast in einem zur Nutzung überlassenen Land - wir alle sind Gäste im Land Gottes, auch in Deutschland.

Dass wir das vergessen, wird erkennbar daran, wie wir mit Gästen umgehen, die bei uns Schutz suchen. Und da gilt das Wort Gottes: Nur wenn ihr mit euren Gästen fair umgeht, lasse ich euch Gäste in meinem Land bleiben - ansonsten nimmt Gott sein Hausrecht wahr und schmeißt "Gäste", die sich nicht benehmen, raus – grad so, wie ich es vor ein paar Seiten als mein eigenes Hausrecht ebenfalls reklamiert habe. Also: Wenn wir Fremde unfair behandeln, ist Schluss mit lustig – aber radikal: *„Ich habe bei mir selbst geschworen, spricht der Herr, dass dieses Haus zum Trümmerhaufen werden soll.“* (Jer 22,5)

Und dazu muss er selber gar nicht viel tun, denn es ist dem Menschen in die Wiege gelegt: Je mehr die Ungerechtigkeit in einer Gesellschaft anwächst, umso mehr steigt Unmut, Aggression, sozialer Unfriede. Das sehe ich als aktuellen Trend. Je stärker wir uns einigeln und die Grenzen verbarrikadieren, statt Fremde als Gäste hereinzubitten, umso mehr wächst ein Aggressionspotential, das uns auslöschen kann - innen und aussen. Ich habe keine Angst vor Gästen, die als Fremde kommen und zu Freunden werden – und die paar Gäste, die sich nicht benehmen können, kann man hinaus-bitten oder –werfen. Angst macht mir eher die wachsende Aggression, die von innen wie von außen auch über Leichen geht.

Sage ich dies nun als Christ oder als einer, der das gesellschaftliche Geschehen analysiert? Eigentlich läuft es auf dasselbe hinaus. Ich finde mich in guter Gesellschaft, wenn es anders formuliert wird:

**\* Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt. (Grundgesetz, Art. 1)**

Das ist zum Beispiel eine Aussage – wie einige weitere im Grundgesetz – auf die ich als Deutscher stolz bin: Da haben die Väter des Grundgesetzes in aller Deutlichkeit gesagt, was die Aufgabe des Staates ist. Und da gibt es keine Einschränkung wie „Das gilt für unsere Gefolgsleute“ oder „Das gilt nur für Deutsche“, sondern es gilt im Bezug auf die Würde „des Menschen“, also aller Menschen – sogar der Feinde der Demokratie, sogar denen, die dem Menschen oder bestimmten Menschen die Würde nehmen wollen.

Da bin ich stolz, Deutscher zu sein mit einem Grundgesetz, das das Gemeinsame unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung wiedergibt. Und das lasse ich mir nicht nehmen, auch wenn manche „peniblen Buchhalter“ meinen, sie könnten allen Völkern vorschreiben, wie man zu einer Verfassung kommt. Immerhin behandeln wir ja Großbritannien auch nicht als römische Provinz, obwohl es nie eine Verfassung hatte – bis heute.

Gegen wen sich das wendet? Wer, beflügelt vom Wort „Grundgesetz“ meint, es sei keine Verfassung, darf an 1989 erinnert werden, als der bisherige Vorbehalt (Wiedervereinigung) gestrichen und das Grundgesetz als Verfassung aller Deutschen bestätigt wurde. Jeder Staat darf seine rechtliche Grundlage nennen wie es aus seiner Geschichte erwächst – Amerika eben Verfassung plus Bill of Rights als Präambel plus Zusatzartikeln, Dänemark, Niederlande und Finnland nennen es (in der Landessprache) Grundgesetz, Großbritannien kommt ganz ohne Verfassung aus, Österreich hat mehrere Gesetze mit Verfassungscharakter. Manche Reichsbürger sind der Auffassung, das Grundgesetz sei nie in Kraft getreten, weil das Volk nicht darüber abgestimmt habe – da steht vielleicht der verklärte Blick auf den Rütli-Schwur der Eidgenossen im Hintergrund; das Grundgesetz trat in Kraft durch eine Mehr-als-zwei-Drittel-Mehrheit der Länderparlamente, ist also demokratisch beschlossen (und wer auf die Verfassung 1871 zurückblickt: die wurde auch von Länderparlamenten beschlossen, aber von

weniger). Und einzelne, die juristische Logik und Ausdrucksweise nicht verstehen, schließen aus Paragraf 146 GG, es gelte nur bis eine Verfassung erarbeitet werde (und darauf warten sie nun seit Jahrzehnten), dabei sagt der Paragraf nur, das Grundgesetz erlösche, sobald ein anderes Gesetz mit Verfassungscharakter in Kraft tritt; würden wir ein anderes Gesetz mit Verfassungscharakter in freier Selbstbestimmung „Hydropneumatische Waschmaschine“ nennen, würde auch dann das Grundgesetz dank dieses Paragraphen außer Kraft treten, denn nur so gibt es eineindeutig (sic!) nur ein Gesetz mit Verfassungscharakter.

Das ist Konsens der Verfassungsrechtler und aller Demokraten in Deutschland und wer anderes behauptet, bewegt sich nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. (Und – meine persönliche Meinung – sollte sich auch nicht auf deutschem Boden bewegen; das wäre mein persönlicher „Radikalenerlass“.) Darf ich deshalb mit ihm machen, was ich will? Nein, denn unser Grundgesetz bekennt sich (§ 1) zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage von Gemeinschaft, Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. Und genau darauf bin ich stolz: In den 3 ersten Sätzen stellt das Grundgesetz alle Menschen unter seinen Schutz – auch die, die „Grundgesetz“ nicht buchstabieren können oder die nach „Verfassung“ rufen oder die, die mit einem Boot kommen.

Und das macht das Grundgesetz nicht, um ein paar Braune zu ärgern, sondern „im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen“. Viele andere Staaten – z.B. USA – verzichten bewusst auf jeden Bezug zu Gott, Bibel oder Glauben, weil Verfassungstexte säkular bleiben sollen. Auch als Christ bin ich auf dieses Grundgesetz stolz, denn es enthält für mich auch eine Glaubensaussage, für andere einen Bezug zu den geschichtlichen Wurzeln unserer Werte.

Und das lasse ich mir nicht ausreden von Faschisten, die das deutsche Grundgesetz un stolz aushebeln wollen.

Wenn es so weit kommt, fallen alle Hemmungen: Dann wird sich eine kleine Gruppe „Regierung“ nennen und tun, was sie will. Auch mit Dir. Und festlegen, wer ihr deutsch genug ist. Du?

Zur Erinnerung: Hitler hat man zuerst nicht ernst genommen und die (vielen) anderen Parteien wollten ihn und seine braunen Kumpane als Marionetten benutzen. Sie merkten erst viel zu spät, dass sie selbst zu Marionetten gemacht wurden, dass man Spielchen mit ihnen trieb.

Dann folgte die Umerziehung eines Volkes in kleinen Schritten durch den Demagogen und seine Konsorten. Die Straßen wurden unsicher, weil immer mehr Braune die anderen einschüchterten und verdrängten. Sie nannten das „Recht-und-Ordnung-schaffen“. Und zu viele nickten dazu.

Und nur, weil zu viele nickten, wuchsen der Krake immer mehr Tentakeln, reichten in Behörden und Ämter, in Polizei und Kripo, in Schulen und Unis, in Unternehmen und Wehrmacht: Freudig und braun. Nicht-braun war bald ein Makel: Volksfeind.

Dann holten sie Kommunisten und Sozialisten und alle waren still. Dann holten sie Juden und Zeugen Jehovas und alle waren still. Dann holten sie Behinderte und Homosexuelle und alle waren still. Dann holten sie Leute vom „Zentrum“, von Katholiken und Protestanten und alle waren still. Zum Schluss gab es nur noch Braune. Und Stille.

Grabesstille. Zu hören nur das Zischen in den Gaskammern und das Donnerrollen der Kanonen.

Es hat wieder angefangen. Wehret den Anfängen.



# Fall Lisa

Der **Fall Lisa** ist ein aus einem [Vermisstenfall](#) vom Januar 2016 in [deutsch-russischen](#) Kreisen entstandenes Politikum im Kontext zur [Flüchtlingskrise in Deutschland ab 2015](#), das zu intensiver Berichterstattung, vor allem in den russischen Medien, und zu diplomatischen Spannungen zwischen [Deutschland und Russland](#) führte.

## Sachverhalt und Ermittlungen

Die damals 13-jährige Lisa F. aus [Berlin-Marzahn](#) verschwand am 11. Januar 2016 auf dem Weg zur Schule, die deutsch-russischen<sup>[1]</sup> Eltern meldeten sie als vermisst.<sup>[2][3]</sup> Am Folgetag tauchte sie wieder auf und berichtete zunächst, dass sie von drei Unbekannten verschleppt, in einer Wohnung festgehalten und [vergewaltigt](#) worden sei. Bei den angeblichen Entführern handle es sich um „Südländer“. Bei weiteren Vernehmungen rückte sie von ihrer ersten Version ab und sagte, sie sei freiwillig mit den Männern mitgegangen. Insgesamt schilderte Lisa F. vier verschiedene Versionen zu ihrem Verschwinden.<sup>[4]</sup> Anhand der Mobilfunkdaten rekonstruierte die Polizei, dass Lisa in der fraglichen Nacht bei einem Freund war.<sup>[5]</sup> Laut Staatsanwaltschaft traute sie sich wegen Schulproblemen nicht nach Hause.<sup>[6]</sup> Nach rechtsmedizinischen Untersuchungen fand man keine Vergewaltigungsspuren. Laut Anwalt der Familie wies sie [Hämatome](#) auf und wurde „psychologisch betreut“.<sup>[7]</sup>

Im Zuge der Ermittlungen erwies sich, dass zwei Männer von 20 und 23 Jahren im Vorjahr strafbare<sup>[8]</sup> sexuelle Kontakte zu dem Mädchen unterhalten hatten.<sup>[9]</sup> Gegen einen der Tatverdächtigen wurde im Februar 2017 wegen schweren [sexuellen Missbrauch von Kindern](#) und [Herstellung kinderpornografischer Schriften](#) Anklage erhoben. Dieser wusste von der [Minderjährigkeit](#) des Mädchens und hatte Handy-Videos des Akts verbreitet.<sup>[10]</sup> Im Juni 2017 kam es zur Verurteilung mit einer Bewährungsstrafe von 1 Jahr und 9 Monaten, etwas geringer als die von der Staatsanwaltschaft geforderten 2 Jahre; die Verteidigung plädierte auf eine Bewährungsstrafe bis zu anderthalb Jahren. Beide Seiten verzichteten nach dem Urteil auf eine Berufung.<sup>[11]</sup>

## Reaktionen

Die Behörden, insbesondere die [Polizei Berlin](#), standen wegen ihrer Öffentlichkeitsarbeit im In- und Ausland unter Kritik; unter anderem wurde ihnen eine „[Salami-Taktik](#)“ vorgeworfen. Der Polizeisprecher<sup>[12]</sup> sagte Ende Januar 2016: „In dem Fall konnten wir praktisch alles, was wir wussten, nicht kommunizieren, weil es die [Persönlichkeitsrechte](#) des Kindes massiv verletzt hätte“, dies habe „unheimlich viel Raum für Interpretation“ eröffnet.<sup>[13]</sup>

## Berichterstattung von russischen Staatsmedien

Über den Fall berichteten auch russische Staatsmedien, die auf Basis von Erzählungen der Tante des Mädchens unkritisch behaupteten, dass angeblich Flüchtlinge Täter der mutmaßlichen Verschleppung seien und die deutschen Ermittlungsbehörden die Tat dementierten und nicht verfolgten.<sup>[14]</sup> Es stellte sich heraus, dass Ivan Blagoy, russischer Journalist des russischen staatlichen Fernsehsenders [Perwy kanal](#), die Falschdarstellung des Falls als Vergewaltigung in die breitere Öffentlichkeit gebracht hatte. Gegen Blagoy wurde von der [Staatsanwaltschaft Berlin](#) Ende Januar 2016 ein Verfahren wegen [Volksverhetzung](#) eingeleitet, das Anfang März 2016 mangels hinreichenden Tatverdachts eingestellt wurde. Ein Konstanzer Rechtsanwalt hatte ihm eine verfälschte Berichterstattung über die Situation in Deutschland und Anstachelung Deutscher russischer Herkunft zum Hass gegen Asylbewerber vorgewor-

fen. Dem staatlichen Fernsehsender [Russia Today](#) sagte Blagoy, dass die Vorwürfe unbegründet seien. Der Rechtsanwalt, der die Anzeige gegen Blagoy stellte, stand zeitweilig wegen erhaltener Morddrohungen unter Polizeischutz.<sup>[9][13]</sup>

Die Berichterstattung über den Fall wird zum Teil auch in einer Reihe von sogenannten [Fake News](#) gesehen.<sup>[14]</sup> Andre Wolf, Sprecher von [Mimikama](#) sieht diesbezüglich, dass auch russische Staatsmedien eine Redaktionslinie haben, die bei Medien „nichts Ungewöhnliches“ seien. Der Unterschied liege „jedoch immer in der Ausprägung und der Radikalität einer solchen Linie.“ Der Fall Lisa zeige „hier die Tendenzen der Berichterstattung, von der letztendlich kein Millimeter abgewichen wurde. Gleichzeitig wurde auch der (falsche) Vergewaltigungsvorwurf durch die Medien weiter aufrechterhalten.“ Dieses sei „natürlich insofern gefährlich, wenn sich Menschen auf den Inhalt dieser Medien verlassen und sich somit radikalisieren lassen.“<sup>[15]</sup>

## **Demonstrationen, politische Instrumentalisierung und diplomatische Verwicklungen**

Eine erste Darstellung der Ereignisse von Lisa F. wurde auch von einer Cousine auf einer Demonstration der [NPD](#) wiederholt. Auch Ableger der fremdenfeindlichen [Pegida](#) unterstützten Demonstrationen.<sup>[16]</sup> Ebenso kam es zu einem Übergriff auf ein Asylbewerberheim in Berlin-Marzahn.<sup>[17]</sup> Später distanzieren sich Eltern sowie Angehörige der Familie und äußerten sich, dass sie sich durch russische Medien und der russischen Botschaft sowie „Offizieller“ instrumentalisiert sahen und laut dem russlanddeutschen Verein *Vision* „Spielball einer politischen Auseinandersetzung“ wurden.<sup>[17]</sup>

Am 18. Januar 2016 wurde in Berlin-Marzahn eine nicht angemeldete Demonstration von etwa 250 Personen von der Polizei aufgelöst.<sup>[18][19]</sup> Am 23. Januar 2016 kam es zu einer Demonstration von rund 700 Deutschrussen vor dem Berliner [Kanzleramt](#). Zu weiteren Demonstrationen kam es in einigen Städten Bayerns und Baden-Württembergs.<sup>[20]</sup> Zur Demonstration aufgerufen hatte der zuvor nicht in Erscheinung getretene und nach eigenen Worten „nationalkonservativ“, von Beobachtern als rechtsextrem verortete<sup>[21]</sup> „Internationale Konvent der Russlanddeutschen“.<sup>[22]</sup> Gründer und Vorsitzender ist [Heinrich Groth](#), der von Medien als „putintreu“ und „stramm rechts“ bezeichnet und etwa im [rechtspopulistischen Compact](#) zitiert wird. Seiner Organisation fehle jedoch nach Eigenaussagen die Basis.<sup>[23][24]</sup> Die [Landsmannschaft der Deutschen aus Russland](#), die dem [Bund der Vertriebenen](#) angehört, verurteilte die Demonstrationen. Ihr Vorsitzender Waldemar Eisenbraun warnte vor der Gefahr, dass sogenannte [Spätaussiedler](#) zunehmend unter den Generalverdacht geraten, als „rechtsorientiert“ oder „fremdgesteuert“ zu gelten.<sup>[25]</sup>

Am 26. Januar 2016 kam der russische Außenminister [Sergei Lawrow](#) auf den Fall des Mädchens zu sprechen und warf den deutschen Behörden Vertuschung vor.<sup>[26]</sup> Das Vorkommnis wurde durch Äußerungen des russischen Außenministers zu einem Streitpunkt in den deutsch-russischen Beziehungen. Er beschuldigte die deutschen Behörden der Vertuschung einer Vergewaltigung, was eine scharfe Reaktion aus Deutschland nach sich zog.<sup>[27]</sup>

Der Historiker und Direktor der [Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen](#) [Hubertus Knabe](#) forderte in der [Welt](#) das [Bundesamt für Verfassungsschutz](#) auf, russische Einflussversuche in Deutschland besser zu überwachen. Ihn erinnern die „gut organisierten Proteste gegen die frei erfundene Vergewaltigung eines 13-jährigen Mädchens“ an die [Desinformationskampagnen](#) der [Stasi](#). Es sei kein „Zufall, dass Hunderte von Russlanddeutschen in mehreren deutschen Städten mit gleich aussehenden Plakaten auf die Straße“ gegangen seien. Russland habe „den [Informationskrieg](#) gegen den Westen massiv“ ausgeweitet, in der es eine massive [Propaganda](#) mit häufig ausländerfeindlicher und rechtsradikaler Ausrichtung gebe.“<sup>[28]</sup>